

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabend.
Preis vierjährlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzettelstelle Nr. 5492.

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gespalt.
Teilzeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 35815 Postdirektion Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. S. Meissner & Co., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lauterenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3.
Fernsprechanschlüsse 22841 und 22842.

Vorwärts, aufwärts!

Wie ist es möglich, in dieser Zeit der Depression, des Misstruis und der steigenden Armut die gewerkschaftliche Organisation zu stärken, ihr neue Mitglieder zuzuführen und die alten Mitglieder enger an die Organisation zu fesseln?

Diese Frage ist für die gewerkschaftlichen Organisationen und die gesamte sozialistische Bewegung eine Lebensfrage. Gelingt es, die Organisationen zu stärken und zu festigen, dann wird die Arbeiterschaft sehr bald wieder aufsteigen und vorwärtsstreben zum Sozialismus. Gelingt es nicht, so ist die Folge steigende Verelendung, Sieg der Reaktion und Rückkehr in Elendsverhältnisse, wie wir es uns wohl nicht vorstellen können.

Dies gilt es zu verhindern, und alle Kräfte müssen wir einsetzen, die gewerkschaftliche Organisation auszubauen, zu stärken und zu festigen.

Einem großen, wohl dem größten Teil der organisierten Arbeiter ist es schwer möglich, in der jetzigen Situation neue Mitglieder zu gewinnen. Obgleich sie den guten Willen haben, so besitzen sie doch nicht die geistigen Waffen der Überzeugung; ihnen fehlt, rein verstandesmäßig, der Blick für die ökonomischen Zusammenhänge. Sie wissen die Errungenchaften der Gewerkschaften und der politischen Vertretungen der Arbeiterschaft in den Parlamenten nur insoweit zu schätzen, wie sie ihnen augenblicklich materielle Vorteile bieben. Sie sehen nicht, daß all diese Errungenchaften, Tarifverträge, Betriebsrätewesen, Schlichtungswesen, soziale Gesetzgebung usw., Mittel sind, die Machtpositionen der Unternehmer einzudringen, daß es Bausteine auf dem Wege zum Sozialismus sind.

Zeigen wir den Kollegen alles Geschaffene in diesem Licht, zeigen wir ihnen den Weg, den wir gehen müssen, zeigen wir ihnen die historische Mission unserer Bewegung auf dem Wege zum Sozialismus, und aus teilnahmlosen, verächtigen, stets nörgelnden und kritisierenden Mitgliedern, welche hemmend für unsere Bewegung sind, werden aktive, begeisterte Kämpfer für unsere Sache, für eine bessere Zukunft.

Schaffen wir in jeder Zählstelle Bildungskurse, regen wir die Kollegen zur Teilnahme an denselben an, besprechen wir alles Errungene im oben angedeuteten Sinne, dann wird es wieder vorwärts und aufwärts gehen. Bildungsarbeit ist Werbearbeit. Denn:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
der uns umlagert schwarz und dicht,
das ist der Unverständ der Massen,
den nur des Geistes Schwerf durchbricht.

Peter Gerhard, Leverkusen-Küppersteg.

Die Totengräber der kapitalistischen Wirtschaft.

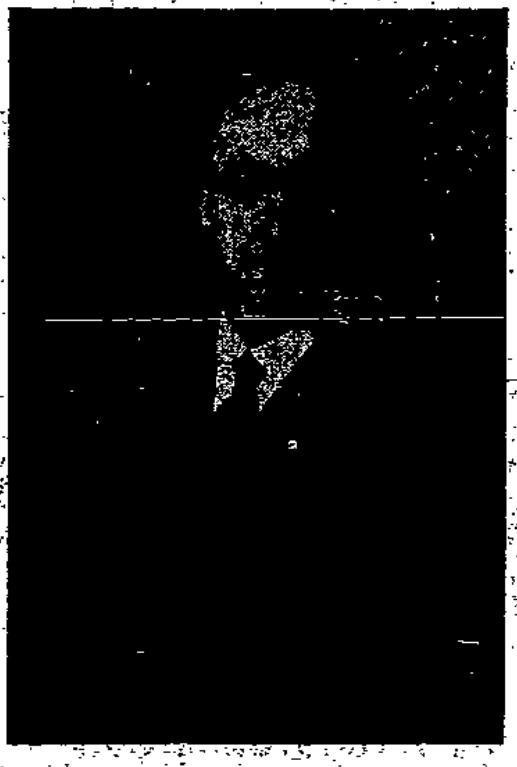
Es wird in Deutschland und in anderen Ländern mit dem Fortbestand einer hohen Arbeitslosigkeit gerechnet. Wie die neueste deutsche Notverordnung zeigt, müssen gewaltige Lasten von der erwerbstätigen Bevölkerung übernommen werden. Daneben hört man aber auch heftige Kritik an den sozialen Lasten, die der Staat und die Unternehmer zu leisten haben. Die deutschen Unternehmer sind nicht klug genug, um einzusehen, daß soziale Lasten das Lösegeld sind, das der Unternehmer den besitzlosen Bevölkerungsschichten gegenüber zu tragen hat. In seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ führt Prof. Bonn über Löhne, soziale Lasten und den Bestand des Kapitalismus scharfsinnig folgendes aus:

„Seit die Grenzen der überseelischen Welt geschlossen sind, in die die überschüssigen Menschen einwandern konnten oder einzwandern hofften, muß man für sie in Europa sorgen. Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „Rote Armee“. Ein Kapitalismus überdies, der nicht von den Mittelkapitalistern gestützt wird und dessen Ergebnisse hohe Preise sind, kann sich nur halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man Löhne, die an den Löhnen anderer Länder gemessen und mit der Vorriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen, ohne Preise abzubauen oder unrentable Kapitalien auszulöschen, so gefährdet man den Kapitalismus.“

Diese Worte sollten sich namentlich die deutschen Unternehmer hinter die Ohren schreiben. Das arbeitende Volk ist nur für eine gewisse Zeit bereit, solche gewaltigen Lasten wie gegenwärtig auf sich zu nehmen. Andern sich die Verhältnisse nicht, dann kann für den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschafts von niemand garantiert werden. Die engstirnigen Unternehmer sehen dies nicht ein. Deshalb sind sie unbeherrscht die Totengräber der kapitalistischen Wirtschaft.

Johannes Forthuber 25 Jahre Angestellter.

Am 1. Juli 1906 trat Kollege Johannes Forthuber sein Amt als Geschäftsführer unserer Zählstelle Mannheim an. Es war für ihn kein leichter Anfang, da kurz zuvor der recht übel ausgegangene Streik in der Rheinischen Gummi-fabrik stattgefunden hatte. Trotz des schlechten Organisationsverhältnisses der Arbeiterschaft der Rheinischen Gummiwerke wurde, wie üblich, dem Verband am verlorenen Streik die



Schuld beigegeben; waren doch von 4200 Arbeitern und Arbeitseringen ganze 198 erst drei Monate lang Mitglied des Verbandes! Ein Teil ließ sich erst bei Beginn des Streiks aufnehmen und bezog acht Wochen lang Unterschaltung, ohne beansprucht zu sein. Das dem Streik gingen die neu eingetretenen Mitglieder verloren, und da war es erstaunlich, wie schwer die Werbeagitation für den Kollegen Forthuber war.

Der Streik in den Strehlerwerken 1908, an dem der Fabrikarbeiterverband ebenfalls stark beteiligt war, und der Kampf mit den Syndikalisten (auch Lokalisten genannt) waren ebenfalls Belastungsproben für Johannes, die zu überwinden keine leichte Aufgabe war. Aber unser Johann hat es geschafft, und es kann gesagt werden, daß die Zählstelle Mannheim im Verband immer ein gutes, vollwertiges Glied gewesen ist.

Schon als ganz junges Mitglied in der Zählstelle Frankenhal fiel der Jubilar auf. Vorsichtig abwägend, wenn es galt, Entscheidungen zu treffen, fest und hart im Willen und Wollen, zäh und ausdauernd in der Verfolgung eines Ziels, unerschütterliche Treue, das ist Johannes Forthuber. Wer ihn zum Freunde hat, der weiß, er kann auf ihn bauen.

Der aufopfernde Arbeitswill und der trockene Humor, den Johann besitzt, hat ihm über manche schwere Situation hinweggeholfen, und die Neigung der Mitgliedschaft ist ihm in seinen 25 Jahren nie verloren gegangen. Der Krieg, der auch an seiner Gesundheit nicht spurlos vorübergegangen ist, hat nicht vermocht, seinen prächtigen Optimismus in der Gewerkschaftsarbeits zu hemmen.

Möge Kollege Forthuber noch viele Jahre in seinem Wirkungskreis erfolgreich tätig sein! Das wünscht ihm die Mitgliedschaft der Zählstelle Mannheim des Fabrikarbeiterverbandes. (Diesem Wunsche schließt sich der Hauptvorstand von ganzem Herzen an.)

Kommunistischer Verleumunder verurteilt.

Im „Proletarier“ Nr. 20 berichteten wir über die Verleumung der „Roten Fahne“, in der behauptet wurde, der Gauleiter Bruns säße im Aufsichtsrat der J. G. Farbenindustrie und beziehe 65 000 Mark Entschädigung. Mehrere RPD-Zeitungen haben diese Verleumdungen in der verschiedensten Form wiederholt, so auch die kommunistische „Neue Arbeiter-Zeitung“ in Hannover.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Thiemig, und unser Gauleiter Kollege Bruns (Frankfurt a. M.) klagten gegen den verantwortlichen Redakteur wegen verleumunderischer Beleidigung.

Am 1. Juli wurde der Redakteur Köhnen, ein Siz.-redakteur der „NZ“, wegen falscher Nachrede zu 50 Mk. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Den Bekleideten wurde die Befreiung zugestanden, das Urteil nach Rechtskräftigkeit auf Kosten des Bekleidenden im „Volkswillen“ und in der „NZ“ zu veröffentlichen.

Schüchterne Versuche, durch Zergliederung den Wahlheitsbeweis zu führen, überging das Gericht, weil bei dem Angeklagten die Abpflicht bestand, erß die Grundlage für die Behauptung zu schaffen, statt den Beweis für die Richtigkeit der Behauptung anzutreten.

Der Bekleideten protestierte gegen die „Rote Fahne“ und gegen einige andere kommunistische Zeitungen wegen der schlechten Sache schreibt noch.

Der Ausgang des Prozesses beweist, daß von RPD und RGO bewußt Unwahrheiten behauptet werden, um die Gewerkschaftsbewegung und ihre Vertreter zu verleumden und um dem Endzweck zu dienen, Spaltung herbeizuführen und den Fabrikarbeiter-Verband zu schwächen. Das ist Zweck und Absicht dieser „Arbeiter-Vertreter“.

Von der Kaufkraft der Massen hängt die Wirtschaft ab.

Kaufkraftvernichtung wird heute als das Altheilmittel angesehen, obwohl die ganze Wirtschaftslage daran krankt, daß die vorhandenen Warenmengen nicht abgesetzt werden können. Die Notverordnung ist hierfür ein Beweis. In der „Brücke“ Nr. 24 wird dies von einem Mitglied des Präsidiums der Bayerischen Industrie- und Handelskammer für Oberfranken durch folgende Worte bestätigt, die wir ohne Zusatz wiedergeben:

„Es ist ein Unding, auch nur annehmen zu wollen, daß man in einer Epoche der Massenerzeugung, der großen Lager und der Abschlagsbildung, verbunden mit großer Arbeitslosigkeit, der Krise durch Lohn- und Gehaltskürzungen auch nur im mindesten bekommen könnte. Massenerzeugung bedingt Massenabsatz. Es kommt daher einem volkswirtschaftlichen Massenmord gleich, wenn man die große Masse in ihrem Einkommen kürzt. Wahnsinn, nichts weiter! Die große Masse ist es, die allein in unserer Zeit der Massenerzeugung die Arbeitslosigkeit durch Konsum einigermaßen mildern kann. Wir möchten den Grundsatz prägen, daß hundert Briefträger und hundert Volkschullehrer für den Konsum viel wichtiger sind als etwa 10 oder selbst 50 Regierungspräsidenten, und damit glauben wir den grundlegenden Fehler der Brüningschen Offensive aufgedeckt zu haben. Nicht Kürzung der Gehälter der Beamten und nicht Krisensteuer für die Einkommen wären das gegebene und notwendige gewesen, sondern Vereinfachung der aufgeblähten Verwaltung in allen deutschen Ländern. Man behauptet, daß z. B. bei einem großen Konzern 25 Direktoren zusammen 12 Millionen das Jahr haben, während 10 000 Angestellte ein Einkommen von zusammen 25 Millionen verdienen. Welcher volkswirtschaftliche Unsinn! Wenn man den 10 000 Angestellten, um ein beliebiges Beispiel anzuführen, 2½ Prozent des Einkommens kürzt, kann der Staat zwar 1½ Millionen profiieren, während die Wirtschaft durch Einschränkung des Konsums die gleiche Summe verliert. Wenn man aber, um das gleiche zu erreichen, den 25 Direktoren 10 Prozent abzieht, dann profitiert wohl der Staat dasselbe, der Konsum aber hat noch lange nicht den gleichen Schaden, als wenn diese Kürzung bei den Kleineren und Mittleren vorgenommen wird. Kanzler Brünning war also sehr schlecht beraten, als er an das Morden der Kaufkraft herangegangen ist, denn diese Handlung war auch wirtschaftlich durchaus falsch!“

Hexenkessel Leuna.

Nationalsozialistisch-kommunistische Brüderlichkeit.

Das Verbrechen der Kommunistischen Partei, an die Stelle jeder vernünftigemäßigen Auseinandersetzung den lieben Haß aller gegen alle zu setzen, ist der Wegbereiter des Faschismus. Die Spaltung der freien Gewerkschaften ist nur die logische Auswirkung dieser verbrecherischen Politik und gehört dazu. Weil wir das schon vor Jahren sagten, führte man gegen uns einen heftigen Kampf, bei dem Lügen und Gemeinde nicht zu kurz kamen. Wie reicht wir aber dennoch haben, wurde jetzt neuerdings wieder einmal im Leunawerk bewiesen. Nicht nur, daß die RGO-Leute in den Betriebsratsführungen ständig von den Vertretern der Nazis sekundiert und unterstützt werden, nun ist es zwischen den beiden Gruppen zu einem offenen Bündnis gegen die freigewerkschaftlichen Betriebs- und Arbeitsräte gekommen.

Die Massenentlassungen im Leunawerk sind immer noch nicht abgeschlossen, immer neue Verschlechterungen setzen ein, das Arbeitstempo wird weiter gesteigert, so daß trotz Kurzarbeit die Entlassungen nicht aufhören. Die rote Betriebsratsführung, die vorher den Mund immer so voll genommen hat, sieht allen diesen Dingen ohnmächtig und unfähig gegenüber.

Diese ganze Situation veranlaßte die freigewerkschaftlichen Vertreter, im Betriebs- und Arbeiterrat eine Reihe praktischer Anträge zu stellen, um einer weiteren Steigerung des Arbeits-tempo und damit den Entlassungen wirkungsvoll entgegenzuwirken. So beantragten wir eine Reihe neuer Arbeitsmöglichkeiten, ferner eine beachtliche Erhöhung der Abfindungssummen für entlassene Arbeiter, und außerdem beantragten wir, eine gründliche Werksbeschäftigung vorzunehmen, um fesszufallen, welche Betriebsseile überhaupt stillgelegt sind, wo zuviel Arbeiter herauengenommen wurden, wo noch Arbeiter eingesetzt werden könnten und wo sich neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen lassen. Diese ganz vernünftigen, ja geradezu für eine Betriebsvertretung selbstverständlichen Anträge wurden aber von dem RGO-Betriebsratsvorsitzenden entweder gar nicht oder in einer Form vertreten, die nicht in unserem Sinne und nicht im Interesse der Arbeiter lag. Der Erfolg war, daß die Entlassungen lustig weiter gingen und daß nicht das gerüstete zur Änderung der Verhältnisse gefordert wurde.

Um einer Betriebsversammlung, die am 10. Juni 1931 stattfand, protestierten unsere freigewerkschaftlichen Vertreter ganz unterschiedlich, die unzulängliche Arbeit des RGO. Vorsitzenden. Sie verlangten, daß der RGO-Vorsitzende verpflichtet wird, die Anträge, nachdem sie von der Mehrheit des Betriebsrates beschlossen waren, rückhaltlos zu verstehen. Darüber hinaus beantragten unsere freigewerkschaftlichen Vertreter, vier Belegschaftsversammlungen einzuberufen und durchzuführen, um der Leinabelegschaft Gelegenheit zu geben, zu all diesen Dingen und vor allen Dingen auch zu der jetzigen Situation in der chemischen Industrie Stellung nehmen zu können. Als Referenten für diese Belegschaftsversammlungen forderten wir, den Gauleiter des Fabrikarbeiter-Verbandes, den Kollegen Paul Schneider (Erfurt), zu bestimmen. Nun trat etwas ganz Besonderes ein. Die selben Kommunisten, die immer so in die Welt hinausstreben, wir hätten Furcht vor den Belegschaftsversammlungen, wir würden diese Versammlungen hinausschieben, wir hätten Angst vor der Abrechnung usw., diese selben Kommunisten wandten sich mit aller Schärfe gegen unseren Antrag und lehnten die Einberufung und Durchführung der Betriebsversammlungen ab. Die Nazis schlossen sich den Kommunisten an und verlangten, wenn schließlich doch die Versammlungen abgehalten werden sollten, daß neben dem Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes, ja ein Vertreter der Nationalsozialisten und der RGO, eben solange sprechen sollte. Wir blieben aber dabei und forderten, daß ein Vertreter der Nazispartei spricht. Wer sonst noch sprechen wolle, ginge uns nichts an, und der Betriebsratsvorsitzende habe das mit sich selbst abzumachen. Schließlich wurde mit 12 gegen 9 Stimmen unser Antrag beschlossen. Die Kommunisten stimmten dagegen, und die Nazis entschließen sich hierbei der Stimme. Die Versammlungen waren also beschlossen und mußten durchgeführt werden. Und nun kam das Schönste. Der kommunistische Betriebsratsvorsitzende nahm für die Zeit, wo die Versammlungen angesetzt waren, seinen Urlaub und übertrug die Durchführung der Versammlungen dem Angestelltenvertreter, einem D.S.V.-Mann, der sehr stark mit den Nazis sympathisiert. Hier sei nur die erste Versammlung der Leinarbeiter geschildert. Sie war bezeichnend für alle anderen, die noch folgten. Die Versammlung fand am 23. Juni 1931 in Halle statt. Sie war sehr schlecht besucht. Gleich zu Anfang zeigte sich eine wunderbare Einheitsfront. Von einem Vertreter der RGO und einem Vertreter der Nazis wurde gemeinschaftlich der Antrag gestellt, zu der neuen Arbeitsordnung zu sprechen und den im Betriebsrat beschlossenen Tagesordnungspunkt abzusehen. Dieser gemeinschaftliche Antrag der Kommunisten und der Nazis wurde aber von der Versammlung abgelehnt. Kollege Schneider (Erfurt) hielt nunmehr einen glänzenden Vortrag über die Gesamt situation in der chemischen Industrie, und er verstand es ganz ausgezeichnet, die Interessen der Leinabelegschaft in diesen Situationsbericht einzufügen. Selbst die Kommunisten und die Nazis hatten für eine Weile die Sprache verloren. Aber dann die Diskussion! Als erster Diskussionsredner meldete sich ein junger Herr zum Wort. Er stellte sich als Angestellter des Leinawerks vor. Schon nach den ersten paar Sätzen wußte man, daß dieser Mann uns belogen hatte, und später, nachdem der Mann seine Gemeinheiten über die Versammlung ergossen hatte, wurde festgestellt, daß es ein "Bonze" der Nationalsozialisten war, der nichts mit dem Leinawerk zu tun hat. Später, als vierter Diskussionsredner, bekam das Wort ein Herr "Berger". Er stellte sich vor als ein Leinarbeiter. Aber auch hier merkte man schon nach einigen Sätzen, daß er ebenso wie der andere geschwindelt hatte. Seine furchtbare Unkenntnis über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und seine faulischen Lügen vertreten ihn. Es wurde dann festgestellt, daß es sich um einen Wandlerredner der RGO handelte. Bei dem Kommunisten, also genau wie bei dem Nazi, er schwindelt er und dann wird er entlarvt. Schon diese eine Tatsache zeigt eigentlich die gemeinsame und plausibele Arbeit der beiden Gruppen, zumindest zeigt sie aber die ideologische Seelenverwandtschaft. Aber die Versammlung selbst brachte einen noch viel deutlicheren Beweis, daß es sich hier um ein vorher vereinbartes und abgekästetes Spiel handelt. Als der Naziredner die Vertreter der freien Gewerkschaften als elende Burschen und Judenträger beschimpfte und dabei Karl Marx als einen dreiköpfigen und elenden Juden bezeichnete, da grinsten die RGO-Leute über das ganze Gesicht, brüllten Beifall und freuten sich, daß die Vertreter der Gewerkschaften so beschimpft und beschimpft wurden. Als dann dieser Naziredner sich mit einer weigischen Geste auch gegen die Kommunisten wandte, da dachten sie sich und sagten kein Wort. Der RGO-Redner unterstrich und wiederholte nur in anderen Worten die Gemeinheiten, die vorher der Naziredner den Gewerkschaftsvertretern an den Kopf geworfen hatte. Mit keinem Wort wandte er sich gegen die Beschimpfung von Karl Marx durch diesen Naziredner. Mit keinem Wort wandte er sich überhaupt gegen die verlogene und sige Demagogie dieses Nationalsozialistischen Zweiten. Damit solidarisierte er sich mit diesem nationalsozialistischen Zweiten. Damit wurde aber auch offenkundig, daß beide Gruppen ein vereabtes Spiel trieben. Schon in der Betriebsversammlung verlangten ja beide Gruppen je einen Redner, und so kam es schließlich auch. Vielleicht hat man sogar in einer gemeinschaftlichen Fraktionierung alles pionsoll organisiert und vorbereitet. Ja man kann nicht mehr. Nachdem diese beiden Redner ihren Schwatz über die freien Gewerkschaften in der Versammlung verstreut hatten, mußten sie allerdings das Feld räumen und die Versammlung verlassen. Der RGO-Betriebsratsvorsitzende hatte sich gedrängt. Beifall wohl?

Schreibt hier wohl nicht besonders herausgestellt zu werden, auf welchem Raum die Versammlung stand. Der ausgebüte hat, den die Kommunisten bewirkt, in gewisser Absicht weiter die Arbeiter gefragt haben, kommt hier zur Auswirkung. Und in ihrem Gesicht sind sie wortlos in ihrem Beginnen. Die freigewerkschaftlichen Funktionäre in der Diskussion und der Kollege Schneider in seinem Schlusswort reagieren mit diesen Schänden der Arbeiterschamung schlicht aber gründlich ab. Der Naziredner war 29 Jahre alt. Er

war also bei Kriegsausbruch gerade 12 Jahre und bei Kriegsende 16 Jahre alt. Zu einer Zeit also, wo die Arbeiterschaft noch ihren schwierigsten Kampf und Entscheidungen stand, hat dieser junge Mann die Schulbank gedreht. Und dieser Junge konnte sich erlauben, unter dem Vorfall der Kommunisten alle Gewerkschaftsfunktionäre zu beschimpfen und Karl Marx als einen elenden Burschen und dreiköpfigen Juden zu bezeichnen. (Der Herr hat nur seinen Geist und Charakter geoffenbart. Die Red.) So tief, so ungeheuer tief ist heute die Bewegung gesunken. Die Versammlung brachte wieder einmal den vollständigen Beweis dafür, wie sehr wir recht haben, wenn wir sagen, die gegenwärtige Politik der RGO ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, weil sie dem Faschismus (den Nazis) den Weg ebnet, weil sie die Arbeiter zum Hass untereinander selbst treibt und sie damit ins Verderben führt. Der Profit der Unternehmer aber blüht und gedeiht. H. Fischer.

hochschulen überfordert worden. Die Studierenden können sich daher über die Bedingungen der Arbeiten, die bis zum 1. Mai 1932 eingetragen" an den RGOB zu finden sind, bei ihrer Hochschule informieren.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und deutsche Rationalisierungsbewegung.

Am 10. Juni 1931 konnte das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das im Jahre 1921 vom Reichswirtschaftsministerium und vom Deutschen Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine als Zentralstelle für die Wirtschaftlichkeitstreiberungen ins Leben gerufen wurde, auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Ein wichtiger Einfluß auf die Rationalisierungsbewegungen in Wirtschaft und Technik konnten die Arbeiten des RKW, aber erst seit dem Jahre 1925/26 gewinnen, von dem an regelmäßig Reichsmittel für diese Arbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese letzten sechs Jahre erstreckt sich denn auch die ausführliche Übersicht, die das RKW über seine Arbeiten und deren Ergebnisse zusammen mit seinem Jahresbericht 1930 in einem statlichen Band von mehr als 280 Seiten (Format DIN A4) vorlegt und deren Inhalt durchaus instruktiv ist. In dieser Zeit ist viel für und gegen die Rationalisierung gesagt und geschrieben worden. Was vielen irrtümlich und einseitig Bezeichnungen (z. B. Mechanisierung, Motorisierung, Fusionierung usw.) ist die Rationalisierung zusammengeputzt worden. Nur viele unerwünschte Erweiterungen, mit denen sie an und für sich gar nichts zu tun hat, soll sie neuerdings bestrebt gemacht werden. Dagegenüber hat das RKW in seinem Bericht fest, an einer richtig verfassten und sogenannten Rationalisierung als der Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Orientierung zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit dienen".

An diese Feststellungen grundsätzlicher Art schließt sich ein übersichtlicher Aufsatz und Arbeitsschleife des RKW an. Die zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher, der Wissenschaft und der Behörden, die sich dem RKW zur Gemeinschaftsarbeit zur Verfügung gestellt haben, bieten nach Art und Zahl einen überzeugenden Beweis dafür, daß diese Arbeit in Technik und Wirtschaft wirklich Wurzel geschlagen hat. Insgesamt sind in den sechs Staatsjahren 1925/26 bis 1930/31 vom RKW 6 290 000 Reichsmark bewilligt worden. Da den arbeitenden Stellen zur Verfügung gestellten Summen belaufen sich in der gleichen Zeit auf rund 6 500 000 Reichsmark, wobei zur Verteilung und zur Befreiung der Verwaltungskosten Einnahmen aus Veröffentlichungen und Zinsen herangezogen wurden. Bei der fortgesetzten Verknappung der dem RKW zur Verfügung gestellten Reichsmittel (im laufenden Staatsjahr 120 000 Reichsmark) konnten nur noch die dringlichsten Arbeiten durchgeführt werden. Außerdem ist nunmehr der Fortbestand des RKW selbst bereits in Frage gestellt.

In übersichtlicher Form vermittelt dann der Bericht einen Einblick in die vom RKW und den ihm nahestehenden Ausschüssen bearbeiteten Aufgaben und in die erzielten Arbeitsergebnisse.

Es kann sich freilich nicht darum handeln, die Rationalisierungsmittel wahllos oder ohne Maß und Ziel anzuwenden, vielmehr muß im Einzelfall eine Prüfung nach maßnahmenorientierten Ergebnissen erfolgen. Die Voraussetzung für die Durchführung solcher Prüfungen zu beschaffen, ist u. a. Aufgabe der Betriebsstatistik, der Betriebvergleiche, der Richtzahlen, der Betriebsuntersuchungen und der Haushaltplanung, über die der Bericht gleichfalls einen Überblick bietet. Diese Arbeiten und ihre Ergebnisse führen uns bereits auf den Boden der kommunistischen Rationalisierung, die einer Verbesserung und Verfeinerung der Arbeit und Wirtschaftsrechts, ausgeworfen hat. Es sind gegenwartsnahe, gerade für junge Menschen reizvolle Aufgaben, die die Spartenorganisation der freien Gewerkschaften ausgewählt hat in der Hoffnung, daß sich viele finden werden, ihre geistige Spannkraft an ihrer Lösung zu erproben. Das Preisanschreiben stellt folgende Aufgaben:

1. Der Meinungskreis um die Wirtschaftsdemokratie seit dem Hamburger Gewerkschaftskongress.
2. Wirkungen des modernen Arbeitssystems auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung.

Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie, wie er auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress (1928) und in dem Buch "Wirtschaftsdemokratie" behandelt worden ist, hat in der Öffentlichkeit lebhafte Widerhall gefunden. Die gegen den Gedanken erhöhten Einwände, Gegenbeschläge, Ergänzungen usw. sind systematisch darzustellen und kritisch zu würdigen. An eine geschichtliche Darstellung ist nicht gedacht. Ausführliche Zitate sind zu vermeiden. Wichtig ist eine knappe, übersichtliche und klare Systematik. Genaue Hinweise im Text und ein Literaturverzeichnis sind erforderlich.

3. Wirkungen des modernen Arbeitssystems auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung.

Auszugehend ist bei der Behandlung des Themas von den wesentlichen Grundgedanken, die sich im Arbeitssystem der Nachkriegszeit durchgesetzt haben. Insbesondere sind also die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Sozialversicherung, ferner die Tarifvertragsverordnung, die Arbeitszeitverordnung, das Betriebsverfahrsrecht, das Arbeitsgerichtsrecht, die Änderungen der Gewerbeordnung und des Handelsgerichtsrechts zu berücksichtigen. Es ist zu prüfen, inwieweit diese neuen arbeitsrechtlichen Gesetze sich in den einzelnen Sozialversicherungsgesetzen entgegengesetzt haben bzw. inwieweit sie Reformen notwendig machen, z. B. Auswirkungen der Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer durch Artikel 165 der Reichsverfassung auf die Wahl oder Berufung der Beisitzer in den Sozialversicherungsanstalten der Sozialversicherung, Konsequenz des Grundgesetzes der "Mitsprache" der Arbeitnehmervertretung bei Gründung von Krankenkassen usw.; Auswirkung des Tarifgerichts (tarifärth. Arbeitsverwaltung und Arbeitsaufsichtsbehörde); Bedeutung arbeitsgerichtlicher Entscheidungen für Versicherungssträger oder Versicherungsbehörden.

Für die Lösung beider Aufgaben hat der RGOB 4000 Mk. zur Verfügung gestellt, die sich in folgender Weise auf die Preisträger verteilen würden:

- je 1000 Mark als 1. Preise
- je 600 Mark als 2. Preise
- je 400 Mark als 3. Preise

Den Preisträgern steht es frei, die Preise nach dem Wert der eingereichten Arbeiten anders zu bemessen.

Preisträger sind für die erste Aufgabe:

Dr. B. Harms, Prof. an der Universität Kiel,

Dr. B. Küche, Prof. an der Universität Köln,

Theodor Leipart, Vorsitzender des RGOB.

Für die zweite Aufgabe:

Dr. H. Dersch, Prof. an der Universität Berlin,

Dr. A. Gieseke, Ministerialdirektor im Reichs-

arbeitsministerium,

Theodor Leipart, Vorsitzender des RGOB.

Das Preisanschreiben ist an alle deutschen Universitäten,

Technischen Hochschulen einschließlich Danzig und Handels-

hochschulen überfordert worden. Die Studierenden können sich daher über die Bedingungen der Arbeiten, die bis zum 1. Mai 1932 eingetragen" an den RGOB zu finden sind, bei ihrer Hochschule informieren.

Zur Durchführung des nötigen Unfallschutzes wurden insgesamt 26 980 Anordnungen getroffen. Nachstehende Aufstellung zeigt, an welchen Betriebsstellen oder bei welchen Betriebsporgängen die meisten Anordnungen erforderlich waren. Es werden Anordnungen erlassen für:

Verpflichtung zum Anbringen des Schutzes an ge- liesterten neuen Maschinen	7675
Bekleidung von Fahrrädern, Kettengetrieben usw.	8925
Schutz an elektrischen Apparaten, Handlampen usw.	3341
Schutz an Knet- und Mengmaschinen	2168
Anhang der Unfallverhütungsvorschriften	1184
Sicherung mechanisch bewegter Maschinenteile usw.	901
Schutz an Treppen usw.	893
Schutz an Kettengetrieben, Wellen und Wellen- enden	803
Schutz an Aufzüglüften für Zerkleinerungsmaschinen und dergleichen	728
Lagerung feuergefährlicher Gegenstände	555
Schutz an Wollmaschinen	496

Sicherung von Sätern 45
Schuhvorrichtungen an Schniedermaschinen 897
Sicherheitsvorrichtungen an Aufzugsanlagen 894
Vereinbarung von Schutzmitteln gegen Unfall usw. 807

Dieser Auszug aus der großen Zahl der getroffenen Anordnungen gibt zu mancherlei Betrachtung Veranlassung. Sehr doch ist die Zahl der getroffenen Anordnungen zu dem ersten Posten. Hier handelt es sich darum, daß die Berufsgenossenschaft von den Arbeitgebern verlangt, daß sie beim Feststellen einer Maschine vom Maschinenhersteller den Einbau des nötigen Schutzes fordern. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Ebenso selbstverständlich sollte auch sein, daß der Maschinenhersteller den nötigen Schutz gleich an die Maschine anbringt. Eine Forderung des Herstellers sollte überflüssig sein. Daß dem nicht so ist, zeigt die große Zahl der Anordnungen. Um so mehr ist die Forderung nach einem Maschinenabschlußgesetz berechtigt, das dem Hersteller vorschreibt, den anerkannten Unfallschutz in die Maschine einzubauen.

Bei den übrigen Anordnungen stehen diejenigen für Schutz an Fahrzeugen, Fließbandanlagen usw. an erster Stelle. Auch diese Zahl spricht Bände. Wiederholt ist in den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten zum Ausdruck gebracht, daß gerade diese Betriebsstellen am leichtesten zu schützen sind. Wenn dennoch diese große Zahl der Anordnungen erforderlich war, dann spricht das für die Gleichgültigkeit, mit der ein Teil der Arbeitgeber der Nahrungsmittelindustrie dem Unfallschutz gegenübersteht. Oben den Anordnungen für Schutz an elektrischen Anlagen ist die Zahl der Anordnungen für Schutz an Knet- und Mengmaschinen ebenfalls sehr groß. Die Knet- und Mengmaschinen wird in der Nahrungsmittelindustrie sehr viel gebraucht, so daß hier der Unfallschutz gut ausgebaute sein müßte. Im Bericht wird sehr darüber geklagt, daß auch hier der Unfallschutz stark vernachlässigt wird und daß oft ungeschützte Knet- und Mengmaschinen vorgefunden wurden.

Dem Jugendschutz ist eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der Bericht sagt dazu folgendes:

Die verbotswidrige Beschäftigung jugendlicher Personen an gefährlichen Arbeitsmaschinen ist auch im Berichtsjahr in zahlreichen Fällen festgestellt worden. Bei den vorgenommenen Revisionen wurden 282 vertragliche Feststellungen gemacht. Der größte Prozentsatz hieron betraf Bäckereien mit Leimwarenherstellung. 22 jugendliche Personen trugen in Bäckereien an Brots- und Quiebbackmaschinen Unfälle davon. 58 jugendliche erlitten Unfälle an Knetmaschinen aller Art. Insgeamt verunglückten allein an gefährlichen Maschinen 211 Versicherte unter 17 Jahren.

Hier ist jede weitere Ausführung überflüssig. Man kann annehmen, daß die Beschäftigung Jugendlicher in erster Linie in den kleinen und kleinsten Betrieben erfolgt. Um so mehr haben wir aber mit unserer Auffassung recht, daß gerade diese Betriebe am meisten revidiert werden müssen. Über die Gestaltung der Arbeitgeber zum Unfallschutz heißt es dann:

Zu den Maßnahmen der technischen Aufsichtsbeamten stellen sich die Betriebsunternehmer sehr verschieden ein. Während wohl der größte Teil Verständnis für den notwendigen Schutz zeigte, verhielt sich ein anderer Teil so ablehnend, daß nur mit Strafandrohung oder Bestrafung etwas erreicht werden konnte.

Wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden vom Genossenschaftsvoorstand auf Antrag der zuständigen technischen Aufsichtsbeamten im Berichtsjahr 61 Betriebe in Geldstrafe in Gesamthöhe von 8400 Mark genommen.

Es ist schlimm, daß ein Teil der Arbeitgeber erst durch Strafen gezwungen werden muß, Leben und Gesundheit der beschäftigten Arbeiter zu schützen. Um so mehr muß die Arbeiterschaft darauf bedacht sein, daß der nötige Unfallschutz durchgeführt wird. Über die Stellung der Versicherer bei Durchführung des Unfallschutzes wird im Bericht folgendes gesagt:

Auch im Berichtsjahr ist darüber Klage zu führen, daß von Versicherten Schuhvorrichtungen entfernt und nicht wieder angebracht oder unbrauchbar gemacht worden sind. Von Seiten der Betriebsräte kann hier nicht genug für Aufklärung gesorgt werden. Der Arbeiter muß einsehen können, daß die Schuhvorrichtungen und Sicherheitseinrichtungen ausschließlich an seinem eigenen Verwendung finden, und daß man vom Betriebsunternehmer nur schwer die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften wird verlangen können, wenn sich der Versicherte über sie hinweglebt.

Im großen und ganzen zeigen aber die Versicherer Verständnis für Schutzmaßnahmen. Im besonderen war das bei den Betriebsräten der Fall.

Hier wird zwar zum Schluss gesagt, daß im allgemeinen die Schutzmaßnahmen bei den Versicherten Beachtung finden. Aber es wird auch darüber geklagt, daß Schuhvorrichtungen entfernt und unbrauchbar gemacht werden. Diesen Vorwurf darf sich die Arbeiterschaft nicht machen lassen. Jeder Kollege und jede Kollegin muß sich dafür einsetzen, daß der nötige Unfallschutz durchgeführt wird. Dem Bericht sind dann eine Besprechung für eine wirksame erste Hilfe bei Unfällen und einige Merkblätter hierfür beigegeben.

Unter „Allgemeines“ und unter „Verkehr mit Behörden“ wird darüber geklagt, daß zahlreiche Gerichte bei Auswahl von Sachverständigen die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft nicht genügend berücksichtigen. Offen wurden Ingenieure usw. als Gutachter herangezogen, die über die Durchführung des Unfallschutzes mangelhaft unterrichtet sind. Der Bericht fordert, daß als Sachverständige nur solche Personen hinzugezogen werden, die wirklich mit der Materie des Unfallschutzes vertraut sind. Im übrigen bietet der Bericht sehr viele Anregungen, wie der Unfallschutz ausgebaut und verbessert werden kann. Der Bericht schließt mit der Befragung, daß der Berichterstatter von dem Gedanken ausgehe, daß es Hauptaufgabe der Berufsgenossenschaft bleibt, dem Arbeiter auf seiner Arbeitsstelle allen ordentlichen Schutz zuteil werden zu lassen. Diesem Gedanken können wir uns nur anschließen. An alle unsere Kolleginnen und Kollegen richten wir die dringende Mahnung: Arbeitet mit am Aufbau des Unfallschutzes und schützt so Leben und Gesundheit der Arbeiter!

E. Schenkell

Produktionsgruppe	Betriebe		Beschäftigte Personen		Daten Betrieb	
	Spielwaren und Spiele	Autoren- fahrtzeuge	Spielwaren und Spiele	Autoren- fahrtzeuge	Spielwaren und Spiele	Autoren- fahrtzeuge
1914	210	78	8 656	6444	7 721	6578
1919	488	86	10 260	7488	14 086	6878
1921	369	89	11 076	6901	9 448	6460
1923	411	100	10 786	9222	14 484	8824
1925	268	86	10 202	7731	14 188	6926
1927	307	79	17 020	7812	14 738	7080

Nach vorstehender Tabelle sind 476 Betriebe mit 24 882 Beschäftigten vorhanden, davon Arbeiter 21 788. Die Betriebe haben sich seit 1914 um rund 70 Prozent, die Beschäftigten um rund 65 Prozent erhöht.

Die Entwicklung der Produktion wird durch folgende Zusammenstellung ersichtlich gemacht:

Er- bauungs- jahr	Produktion des ges. Industriegewerbes (Werte in 1920 Dollar)	
	Spielwaren und Spiele	Autoren- fahrtzeuge
1914	13 582	11 701
1919	45 888	24 459
1921	55 491	21 717
1923	56 066	34 178
1925	58 817	30 174
1927	63 958	28 808

Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die gesamte Spielwarenproduktion von rund 25 Millionen Dollar 1914 auf rund 92 Millionen Dollar 1927 gestiegen ist. Produktionszahlen nach 1927 sind noch nicht bekannt.

Hergestellt werden in der amerikanischen Spielwarenindustrie: Puppen, Metall- und Holzspielwaren, mechanische Spielwaren, Porzellan-, Ton- und Massenspielwaren, Gummispielwaren, Kinder-

Vergleich zu 1929 mit 12 931 686 Dollar. Die Ein- und Ausfuhr von Spielwaren (Werte in Dollar) war 1929/30 wie folgt:

	1929	1930	1929	1930
Puppen und Puppenteile	1 558 211	1 058 526	227 719	170 026
Andere Spielwaren	3 770 847	3 188 880	2 681 887	2 001 289
Zusammen	5 329 048	4 241 345	2 909 000	2 180 255

Die Ein- und Ausfuhrzahlen waren von 1928 auf 1929 geändert. Das folgt der Vergleich vorstehender Tabelle mit den Zahlen 3 und 4. Von 1929 auf 1930 ist in der Ein- und Ausfuhr von Spielwaren eine Senkung festzustellen.

Die Entwicklung ist fast in jedem Industrie- und handelsfreibenden Staat festzustellen bei seiner Ein- und Ausfuhr von solchen Gegenständen, die erst in leichter Linie gekauft werden.

d. Cillein.

Frauenfragen.

Frauenarbeit in der Sowjetindustrie.

Die Probleme der Frauenarbeit werden in der Sowjetunion gegenwärtig lebhaft erörtert. In Verbindung damit veröffentlicht neuerdings die Zeitschrift des Volkskommissariats für Arbeit „Woprosy Truda“ nähere Angaben über die Ausbreitung der Frauenarbeit in den letzten Jahren. Insgeamt ist der Prozentsatz der Frauen unter den Industriearbeitern von 28,8 Prozent am 1. Januar 1929 bis auf 28,4 Prozent am 1. Januar 1930 gesunken. Das ist aber nicht auf eine Verdrängung der Frau, sondern durch Männerarbeit, sondern lediglich auf ein stärkeres Anwachsen der Industriezweige zurückzuführen, in denen die Frauenarbeit eine geringere Rolle spielt. Betrachtet man jeden Industriezweig für sich, so erweist sich, daß die Frauenarbeit fast überall prozentual zunimmt. Im einzelnen zählt man am 1. Januar 1930:

Frauen in Prog. der Beschäftigten

Elektroarbeitswerke	5,0
Steinkohlebergbau	8,2
Erzgewinnung	5,7
Industrie der Steine und Erdöl	21,0
Metallindustrie	9,0
darunter Hüttenindustrie	8,1
Metallverarbeitung	12,1
Maschinenindustrie	7,1
Buntmetallindustrie	11,8
Elektrotechnik	22,0
Gummibildnerie	57,4
Zündholzindustrie	57,8
Holzindustrie	20,4
Papierindustrie	27,5
Textilindustrie	62,6
darunter Baumwollindustrie	64,1
Wollindustrie	51,5
Leinenindustrie	67,4
Lederindustrie	15,6
Bekleidungsindustrie	65,8
Schuhindustrie	31,2
Nahrungsmittelindustrie	27,0
graphisches Gewerbe	25,4

Im letzten Jahre wurden energische Schritte unternommen, um die Frauen möglichst stark zur Arbeit in der Industrie hinzuziehen. Insbesondere ist angeordnet worden, daß die Zahl der Mädchen in den Werksschulen auf 50 Prozent zu erhöhen ist (gegenüber 28,8 Prozent am 1. Januar 1929 und 30,2 Prozent am 1. Januar 1930). Die Durchführung dieses Planes scheint aber auf Schwierigkeiten zu stoßen. Wie im „Trud“ vom 9. Mai berichtet wird, ist es nicht gelungen, den Prozentsatz der Mädchen unter den neu aufgenommenen Werkschülern in den dem Obersten Volkswirtschaftsrat unterstellten Betrieben über 30 Prozent, in den Betrieben des Volkskommissariats für Verkehrsweisen über 18 Prozent zu heben.

Die Schwierigkeiten der Agitation in der Konsernenindustrie.

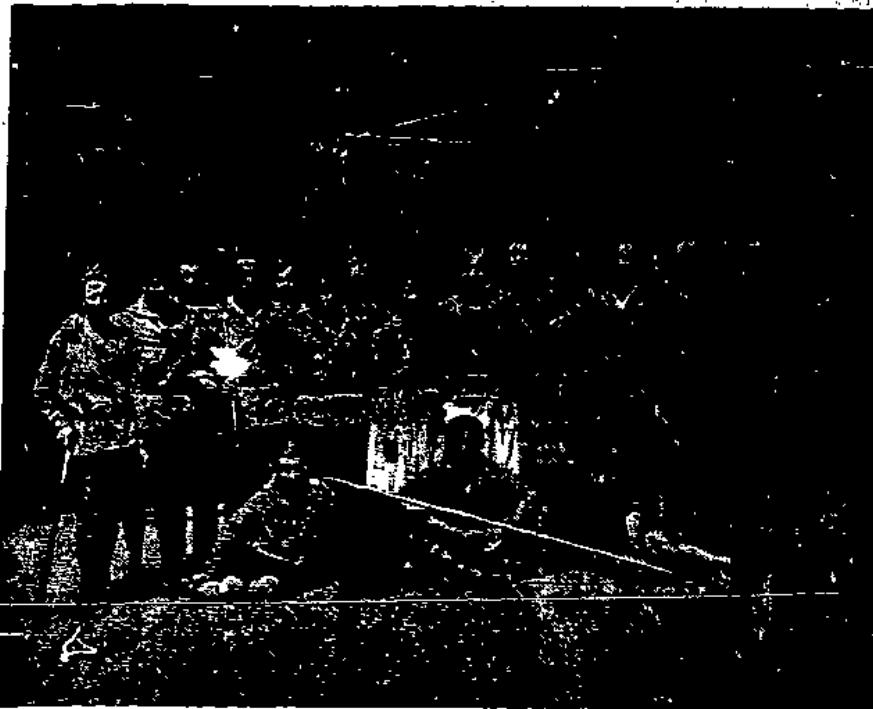
Die Konsernenindustrie ist wohl mit der unfruchtbaren Boden bei der Frauengeneration. Handelt es sich doch um ausgesetzte Siedlerfamilien, und die Mehrzahl der Frauen denkt, daß sie ja als Unorganisierte genau dieselben Vorteile haben wie die Organisierten. Viels darin ist den Betrieben Verständigung wünschen, was nicht vorkommt. Sie arbeiten ja nur kurze Zeit, um irgendwelche Anschaffungen ermöglichen zu können. Sie brauchen nicht direkt um das tägliche Brot zu arbeiten. Anders ist es mit den Frauen, die, um der größten Not zu steuern, gezwungen sind, durch ihre Arbeit in der Konsernenfabrik für sich und ihre Familie das tägliche Brot herzubekommen, besonders wenn der Mann auch ein Opfer der ungewissen Erwerbsmöglichkeit ist. Hier heißt vielleicht die Verbesserung und die völlige Abgestumpfung die Frauen von der Organisation zu trennen. In ihrer Gleichgültigkeit schenken sie den schwächeren Organisationsformen von rechts und links willig Gehör und lassen den Ruf der freien Gewerkschaften ungeheuer Eindruck sie hintergehen durch die völlige Ausbildung der Gewerkschaften. Welchen Sagen und Frauen das Dritte Reich bringen wird, können wir am besten durch die Zahlen im Reichstag einbringen, nach welchen bei allen Reichen, Städten und Gewerkschaftsbüroden jede weitere Einstellung von weiblichen Kräften auf das Mindestmaß zu beschränken sei. Wie schwer der Kampf der Nazis gegen jede Frau ist, beweist dieser Antrag. Nach einem Auspruch Hitlers hat ja die Frau nur leben zu sein und Kinder zu kriegen. Auch Hausfrau und Mutter soll sie sein. Ja, wie gern wären wir erwerbstätigen Frauen nur Hausfrau und Mutter. Aber hindert uns nicht die heutige Gesellschaftsordnung daran, wirklich glückliche Mutter und zufriedene Hausfrau zu sein? Wie schwer wird es der Mutter, sich am frühen Morgen von ihren Kindern zu trennen, sie vielleicht aus dem schönsten Schlaf zu wecken, sie dann allein zu lassen, um zu arbeiten, damit die Kinder das Normale zum Leben haben. Solange eine Mutter infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse nicht in der Lage ist, ihrer Familie nur Hausfrau und Mutter zu sein, darf kein Hitler und kein anderer das Recht zu legen: „Sie kann soll in erster Linie Hausfrau und Mutter sein“. Sollen diese Herren eine einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und bessere Wohnungsverhältnisse für die arbeitende Masse schaffen, wie sie die freien Gewerkschaften schon lange erkämpfen wollen. Dazu gehört eine große geöffnete Arbeitsbewegung und die Notwendigkeit der Organisation unter den Frauen. Es ist der Frau bestimmt, große Pflicht, daß sie gleich dem Mann kämpft und in diesem Kampfe um eine bessere Zukunft ihm treu zur Seite steht als gleichberechtigte Kollegin im Betriebe. Wenn alle die Sorgungen der organisierten Kolleginnen und Kollegen erfüllt sind, kann sie die Freiheit der größten Freiheit ihres Lebens wählen, kann sie Frau und Mutter sein.“

Maria Glorion

Die Einfuhr von Spielwaren nach den Vereinigten Staaten zeigt nachstehende Zusammenstellung:

Produktionsgruppen bzw. Land	1913/14	1925	1926	1927	1928	1929
	1900	%	1900	%		

Jugendbewegung.



Jugendgruppe Aschaffenburg.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Haupttagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Nürnberg.

W. Lermann der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene wurde der 28. bis 30. September d. J. festgelegt.

In dem Hauptthema des ersten Verhandlungstages, "Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene", sprechen als Hauptreferenten die Herren Ministerialrat Dr.-Ing. Klebe (München), Prof. Dr. Eichmann (Wolfen), G. Haupt (Hannover) und Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Zwiedinek-Südendorf (München), die das Thema vom Standpunkt der Gewerbeaufsicht, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Volkswirtschaftlers behandeln werden.

Das zweite Verhandlungsthema, "Arbeit und Kleidung", wird von den Herren Prof. Dr. Weishäupl (Dresden) und Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. Bernhard (Chemnitz) unter üblichen und technischen Gesichtspunkten behandelt.

Die an die Jahreshauptversammlung anschließend am 1. Oktober d. J. stattfindende 43. Jahrestagung der Gesellschaft lädt ihr Hauptverhandlungsthema, "Beruf und Kreislauforgane", von den Herren Prof. Dr. Käff (Köln), Oberstabsarzt a. D. Dr. Färß (München) und Ministerialrat Prof. Dr. Koelsch (München) in einflussreichen Referaten behandeln.

Nahere Ansäumt erläutert die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49 (Hans Offenbach).

Wirtschaftliches.

Das Konjunkturforschungsinstitut

stellt fest. Während sich die Senkung der tarifmäßigen Löhne für den Stand vom Mai 1931 gegenüber Mai 1930 etwa um 5 bis 6 Prozent bewegt, dürften die tatsächlich gezahlten Löhne um 20 und weit mehr Prozent gesunken sein.

Das Konjunkturforschungsinstitut kommt zu dem Schluss, daß das Einkommen der Arbeiter und Angestellten, allein infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Verminderung der Arbeitszeit und der Senkung der Tariflöhne und Tarifgehälter im ersten Vierteljahr 1931 um 1,5 Milliarden niedriger gewesen ist als im ersten Vierteljahr 1930. Dazu kam die Senkung der Beamtengehälter. Somit ergibt sich nach dem Konjunkturforschungsinstitut für das gesamte Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ein Rückgang gegen das Vorjahr von ungefähr 15 Prozent.

Das Tempo der Preissenkung hat sich noch mehr verlangsamt.

Die Fertigindustrie für Zollabgaben.

Das Leipziger Reichamt hat in Verbindung mit dem Institut für Konjunkturforschung an viele Firmen, die auf der Frühjahrsmesse ausgestellt hatten, eine wichtige Frage gerichtet. Die Antworten hierauf sind sehr lehrreich. Es wurde gefragt: "Würden Sie in einem etwaigen Wegfall der Zölle aller europäischen Länder (einschließlich Deutschland) einen Schaden oder Nutzen für Ihr Geschäft sehen?" Das Ergebnis dieser Aufforderung war überraschend. Genau 95 v. H. aller Firmen sprachen sich für die Befreiung der kontinentale Zollunion, mindestens für eine europäische Zollunion, aus. Innerhalb der Produktionsgüterindustrie (Maschinen, Eisenwaren, Elektrotechnik, Bau- und Bürobedarf, Verpackung und Reklame) stimmten sogar 97 v. H. von 1772 befragten Firmen für einen Abfall der Zölle. Ein gleiches Ergebnis wurde bei den Herstellern von Leder- und Kautschukartikeln erzielt. Unter den Herstellern von Musikinstrumenten, Leder- und Schuhwaren sowie Stoffwaren standen keine einzige Firma für die Befreiung des gegenwärtigen Zollsystems. Es klang allgemein der Gedanke durch, daß Deutschland auf die Dauer nicht zu fürchten hat, wenn die Zollunionen abgetragen werden und die soziale Arbeitsstellung unter den Industrieländern Europa's nicht verloren geht. Die Erhebung des Leipziger Reichamtes sollte bei Zollkämpfen beachtet werden. Die einzelne Firma hat durchaus nicht das Interesse an erhöhten Zollmäntern, wie es in den Erwägungen der Industrieverbände zum Ausdruck kommt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Verbandsversammlung und Verbandsblatt

Werbetreibend für den Verband wie Bildungsarbeit am gewerkschaftlichen Gedanken werden geleistet durch Wort und Schrift. Das heißt, im Grunde geschieht, was oben und in regelmäßiger Weise durch die Verbandsversammlung und das Verbandsblatt. Aber wie im ganzen Werkeleben saherer Zeit, so ist auch hier der Mittelpunkt einer solchen Versammlung und einiges mehr.

Das Verbandsblatt steht dem Gewerkschaftsleiter des weitaus größten Teils gegen gewerkschaftlichen Kampf und damit und deswegen die Ausübung für das persönliche aufstrebende Werk. Das wissenschaftliche Werk, das in einem Heft vereinigt wird, entspricht so oft dem Gewerkschaftsleiter. Würde da das per-

sonliche Werk nicht eine ganz andere, viel lebendigere Wirkung haben, wenn der Referent mehr sein Verbandsblatt erwähnt und auf entscheidende, interessante Stellen aus dem Verbandsblatt verweist?

Das Auge hat eine ungeheure Bedeutung für unser Gedächtnis. Nicht umsonst suchen wir heute durch Bilder, durch graphische Darstellungen lebendig zu machen, was gesagt werden soll. Auch die Wessen des Redners sind ja nichts als Unterstreichungen seiner Worte, und so sehr hierbei Überstreichungen auch zu vermeiden sind, in gewissem Maße verlangt das Auge auch seine Befriedigung von dem Sprechenden.

In diesem Sinne bedeutet es eine Lebendigmachung des Wortes, wenn der Redner an einer interessanten Stelle aus dem Blatte selbst das Wissen in die Versammlung trägt. Da steht dann ein Stück Leben vor den Hörern. Da sehen sie das Wort in Gestalt. Und Menschen drängen nach etwas, das sie fassen können, damit sie es erfassen. Die starke Wirkung einer bildlichen, plastischen Sprache wie eines Beispiels ist auch nichts weiter als diese Erscheinung des menschlichen Verlangens nach Wirklichkeitsnahem und Umwelt, die zu fassen ist.

Wie so das gewerkschaftliche Wort eine viel stärkere Wirkung hat, wenn es in geeigneter Weise durch das lebendige Organ des Verbandes unterstellt wird, so bedeutet solche Verbindung von Wort und Schrift zugleich auch die Pflege eines engeren Verhältnisses des Verbandsblattes zu den Mitgliedern. Bei solcher Versammlungskultur wird das Blatt dem Hörer nahegebracht. Er erlebt es. Lebenswärme strömt so von dem Verbandsblatt aus, und mancher, der es bis dahin nur oberflächlich beachtet hat, wird, wenn auch zuerst nur unbewußt, etwas fühlen von der Lebensnotwendigkeit des Blattes für ihn selbst. Diese Einheit zwischen Verbandsversammlung und Verbandsblatt muß darum eine Selbstverständlichkeit sein, damit das Blatt so eine selbstverständliche Lektüre für jeden einzelnen wird. Und das ist sie ja lange nicht bei allen.

Wir haben unsere Werbe- und Aufklärungsarbeit noch nicht genügend „durchrealisiert“. Wir sind in der Bewegung noch nicht zum organischen Zusammensetzen aller Bildungsstäbe hinaufgewachsen. Je mehr wir diese Entwicklung aber fördern und bewußt durchführen, um so lebendiger wird auch das Verbandsleben und um so mehr wird die Bewegung: Bewegung, organisches Leben, das von den stärksten Impulsen getragen ist und somit die stärksten Energien im gewerkschaftlichen Kampfe bietet.

Internationale Arbeiterbewegung.

Abschluß des spanischen Papierarbeiterverbandes.

Gelegentlich der Ende April d. J. in Madrid abgehaltenen Abschlußtagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben der internationale Sekretär, Kollege K. de Jonge, und das Mitglied unserer Executive, Kollege Paul Fassin, mit dem spanischen Zündholzarbeiterverband in Carabanchel Bajo (ein Vorort von Madrid) und dem spanischen Papierarbeiterverband in Tolosa, mit denen das Sekretariat schon seit einiger Zeit in Briefwechsel stand, über den Anschluß an die Internationale verhandelt.

Vor einigen Tagen erhielten wir vom Hauptvorstand des spanischen Papierarbeiterverbandes ein Schreiben, mit dem sich der Verband für die Mitgliedschaft der Fabrikarbeiter-Internationalen anmeldete. Der Verband hat etwa 1200 Mitglieder, die sich auf neun Ortsgruppen verteilen.

Es sind uns jetzt insgesamt 23 Organisationen aus 15 Ländern angegeschlossen.

Mit dem spanischen Zündholzarbeiterverband wird noch weiter über den Anschluß verhandelt.

Neue Adresse des IGB.

Die Adresse des IGB lautet jetzt:

Internationaler Gewerkschaftsbund,
Berlin SO 16,
Rosenstraße 118.

Infolge der Säuberung ändert der Internationale Gewerkschaftsbund auch seine Telegrammadresse. Sie lautet jetzt:

Interfedsyn Berlin.

Die Telephonnummer des Internationalen Gewerkschaftsbundes lautet in Berlin:

F 7 Janowitz 1153.

Berichte aus den Zahlstellen.

Stuttgart. Der Vertrag des Stahlhelms. In den zahlreichen Stahlwerken befindet sich eine kleine Gruppe von Stahlhelmern. Bei den diesjährigen Betriebswahlen erlitten sie trotz ihres von Gemeinden strotzenden Flugblattes eine völlige Niederlage. Der einzige St. den sie im Jahre 1930 den Christen abnehmen konnten, nutzten sie in diesem Jahr an die freien Gemeinschaften abtreten. Diese Niederlage sowie ihre bisherige völlige Unmöglichkeit läßt sie nicht zuhören. Weil Gemeinden und Verbände ein nichts helfen, greift man zu anderen Mitteln. Man bemüht die insofern der Wirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit vorhandene Niedergeschlagenheit, indem man den Arbeitern suggeriert, daß es in einem Jahre keine Gewerkschaften mehr gäbe und daß es deshalb überflüssig sei, noch weiter Mitglied zu bleiben, weil den weiter zu zahlenden Beiträgen keinerlei Gegenleistungen mehr gegenüberstehen. Durch diese niederratenden Machinationen soll nun erreicht werden, was bisher nicht erreicht werden konnte, nämlich die Zerschlagung des festesten Bollwerks der Arbeiterschaft, der freien Gewerkschaften. Diese Bollwerke werden jedoch ihr Ziel so wenig erreichen, wie es bisher nicht erreicht worden ist. Mit diesem Vorgehen zeigen sie, daß ihre Aufgabe lediglich in der Zerschlagung der Gewerkschaften besteht. Über haben sie den Arbeitern auch davon erzählt, daß es in einem Jahre keine Unternehmensorganisation — sozialwirtschaftlich-politische — mehr gibt? Nein, davon erzählen sie nichts, weil der Stahlhelm ja von den Kapitalisten — genau so wie die Hakenkreuzler — aufgezogen ist, um Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen und durch Zerschlagung der Organisationen den Unternehmen freie Hand in bezug auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu geben. Arbeiter, geht diesen Schändungen nicht ins Garn! Darüber, ob die Gewerkschaften besserleben oder nicht, habt einzig und allein ihr zu entscheiden. Läßt euch von diesen Stahlhelmsjunglingen nicht rechts und links der Willkür des Unternehmertums ausliefern! Halstet die Augen offen und beanwortet diese verrätrischen Schurkenreien der Stahlhelmer mit der Stärkung eurer Organisation, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands! Es heißt jetzt alle Kräfte zusammenfassen und den letzten Mann heranziehen.

Wiesbaden. 40 Jahre Zahlstelle. Am 21. Juni 1931 feierte anreiche Zahlstelle in den Lokalitäten Kreuzerwagen in Sieghorst ihr 40-jähriges Bestehen, verbunden mit Jubilarehren. Es war ein Freudenfest aller anwesenden Mitglieder. Eine besondere Freude war es für uns, den Gründer Karl Böckel bei dieser Feier begrüßen zu dürfen, wenn er auch heute im Metallarbeiterverband organisiert ist. Pünktlich 4 Uhr wurde das Fest mit dem Marsch "Freiheit" eingeleitet. Die Begrüßungsansprache hielt der erste Vorstand, Kollege Kämper. Er hieß Gründer, Jubilare, Gefangene und Turnerverein sowie die Vertreter der einzelnen freien Gewerkschaften, wie Buchbinderei, Holzarbeiterverband und Bergarbeiterverband, ebenso den Vertreter der "Volkswacht" und alle Auswanderer herzlich willkommen. Der Gründer Karl Böckel brachte Erinnerungen aus den Aufzügen unserer Zahlstelle, die manche Kollegen wie vergessen sind. Er erklärte, daß mit Phrasen der Arbeiterschaft nicht zu helfen sei, sondern mit Einigkeit zum Siege führe. Von der Vorlesung Hanauer wurde aus einer Parlamentsrede gefüllt. Kollege Krull gab das Glück-

wunschkreis der Gauleitung bekannt und forderte die Anwesenden auf, diese Stelle ein Ansporn sein zu lassen für rege Beteiligung an unserer Versammlung. Als Vertreter war Kollege Stühle erschienen. In seiner Rede schloß er, welche Vorteile für die Mitglieder geschaffen werden würden. Die unerlernten Arbeiter haben nicht nur ein Recht zum Leben, sondern auch die Pflicht zum Zusammenhalt um eine Macht darzustellen. Im Jahre 1890 waren es knapp 2000 Mitglieder, die unser Verband zählte, 1913 207 300 und heute 441 420. Leider fällt das Jubiläum nicht in eine freudige Zeit. Not und Elend sind über unsere Kollegen hereingebrochen. Den Kritikern sage ich, daß sie nicht vergessen dürfen, daß dieses eine Weltkrieg ist. Trägheit hat die Organisation viel Not gelindert. Im Jahre 1890 betrug die ganze Unterführung 82 Mark, 1913 2,7 Millionen Mark, 1930 rund 11 Millionen und im ersten Quartal 1931 schon 3,5 Millionen, das sind 90 Prozent der Einnahmen der Hauptkasse. Möge jeder Proletarier seine Pflicht erkennen, dann braucht uns für die Zukunft nicht zu bangen. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Anschließend überreichte er den Jubilaren das Ehrendiplom des Hauptvorstandes. Dem Ortsvorstand wurde den Jubilaren durch den Kollegen Krull ein kleines Geldgeschenk überreicht. — Wie hatten in diesem Jahre 31 Jubilare, und zwar die Kollegen: Emil Arndt, Willi Arndt, Heinrich Böker, Dietrich Bräsek, Friedrich Brinkmann, Heinrich Brummel, Gustav Dickmann, Heinrich Drewes, Hermann Grothaus, Friedrich Hampeler, Wilhelm Helm, Emil Hermannpann, August Hoff, Joseph Kaninski, Heinrich Kohlbusch, Franz Koch, August Kohlmeier, Heinrich Könemann, August Meier, August Ostmann, Walter Post, Otto Schelp, August Schröder, Adolf Schütte, Friedrich Seppmann, Gustav Steinmann, August Steinamp, Wilhelm Strothmann, Gustav Wenzel, Heinrich Wendt, Johann Werner und Paul Walemann. — Kollege Emil Brand sprach im Namen aller Jubilare dem Hauptvorstand sowie der Ortsverwaltung den kinzigsten Dank aus. In schöner Harmonie verließ unser Fest-Musiker des Musikerverbandes mit schönen Musikwerken, der Gesangverein mit seinen vorgebrachten Liedern sowie der Turnverein mit Turnerinnen und Turnern hassen sich in den Dienst der Sache gestellt und halfen so das Fest verschönern. Großer Beifall belohnte die Mitwirkenden für ihre Darbietungen. Diese Feier wird uns allen in steter Erinnerung bleiben.

Burg auf Fehmarn. 25 Jahre Verband der Fabrikarbeiter auf der Insel Fehmarn. Am 24. Juni 1906 wurde in Burg a. F. eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Wie überall hat auch hier die junge Mitgliedschaft mit Widerständen zu kämpfen gehabt. Von den Gründern konnte der Kollege Donath am 27. Juni bei einer kleinen Festschrift geehrt werden. Auch die Kollegen Höfmann, Müller und Scheff konnten auf eine Mitgliedschaft von 25 Jahren zurückblicken. Kollege Campig überbrachte die Glückwünsche des Hauptvorstandes, der Gauleitung und der Zahlstelle und überreichte den Jubilaren ein Souvenir sowie die Verbandsgeschichte im Anschluß an eine Festansprache. Im Laufe der Jahre hat sich eine gute Organisation entwickelt. Wer arbeitet, ist im Verband, darauf können die Insulaner stolz sein, und daß es in Zukunft so bleiben wird, wurde am Sonnabend erneut gelobt, oder war es schon am Sonntag? Wenn es überall so wäre wie in Burg a. F., da braucht der Arbeiterschaft nicht bangen. Die Festschrift erfolgte bei demselben Wirt und in demselben Lokal, in dem vor 25 Jahren die Gründung der Zahlstelle erfolgte. Vater Höpner war uns in den 25 Jahren ein guter Hausvater. Er hatte sein Lokal schön hergerichtet, und der Kaffee war auch gut. Wie eine Familie, so hat die Zahlstelle ihren Ehrentag gefeiert, und in die Festsfeire mischte sich berechtigt Stolz darüber, daß auch die Kämpfergruppe Burg auf Fehmarn ein Glied ist im Rahmen eines Verbandes von einer halben Million Streiter, im Fabrikarbeiterverband.

Rundschau.

Eine Kulturstreite.

Auf der Generalversammlung des österreichischen Arbeiterschaftsbundes im März d. J. hat Gen. Otto Bauer in seiner Begrüßungsansprache, die er im Auftrage des Parteivorstandes hielt, auf die großen Kulturprobleme hingewiesen, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft trotz Krise, Arbeitslosigkeit und Lohndruck lösen müsse. Zu ihnen rechnet Bauer auch die alkoholfrage.

"Wenn wir heute", so führte er aus, "in den Tageszeitungen lesen, daß der Alkoholkonsum bedeutend zurückgegangen ist, daß der Bierverbrauch um 25 Prozent gesunken sei, können wir uns dessen nur freuen. Wir wünschen aber nicht, daß dem Arbeiter der Alkohol durch Not und Elend abgewöhnt wird, — wir wollen, daß er sich befreit durch Erkenntnis, durch den Willen zu einer höheren Kultur. Was wir brauchen, ist, daß ein möglichst großer Teil der Arbeiterschaft mit dem Gedanken, Sozialist zu sein, mehr Verantwortungsfühlung auch in der Familie, in der Erziehung der Kinder zum Ausdruck bringe, — daß möglichst viele Arbeiter in jedem Glas Bier, jedem Glas Wein die Quelle der Zersetzung vieler Begabungen, vieler Fähigkeiten und vieler Gehirne erblicken und erkennen, daß der Alkohol die kämpfende Arbeiterschaft ihrer Schwungkraft beraubt und sie verspielt."

Diese mahnenden Worte des österreichischen Parteiführers verdienen auch die ernsteste Beachtung der deutschen Arbeiterschaft. Gewiß hat die Trunksucht viel von ihrer Macht verloren, seitdem die moderne Arbeiterschaft in den Massen geistige Interessen, kulturelle Ziele weckt. Aber es sind noch allzu viele, denen die große Gefahr nicht zum Bewußtsein gekommen ist, die der Alkoholismus für eine aufstrebende Klasse bedenkt. Diese Erkenntnis planmäßig zu verbreiten, ist eine wichtige Kulturaufgabe aller sozialistischen Organisationen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts wurden die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Merseburg: Willi Eckhardt, Mitgli.-Nr. 981 026; Stade: Klaus Süsse, Mitgli.-Nr. 1 117 312; Tettau: Fritz Heinze, Mitgli.-Nr. 47 490.

Literarisches.

„21 nicht anders — freien“ von Dr. Rose Frankenthal. Umfang 16 Seiten. Preis 0,25 Mk. Schriftenfolge: „Sozialistische Zeitschriften“. C. Laubsche Verlagsbuchhandlung. G. m. b. H. Berlin W. 30.

„Die Jurisdiktionsfrage der Sowjetunion“ von O. Engelbert. Preis 0,10 Mk. Schriftenfolge: „Sozialistische Zeitschriften“. C. Laubsche Verlagsbuchhandlung. G. m. b. H. Berlin W. 30.

Kommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz von Gründ auf Grund auf neu bearbeitete von Dr. Volkmar. Nach 4 Jahren ist jetzt bereits die vierte völlig neu bearbeitete Auflage (V. 10. Tausend) erschienen, die die bekannten Vorzüglichkeiten der Rechtsprechung fortsetzt. Die gefundene Rechtsprechung und die Literatur sind höchstens verarbeitet und kritisch gewürdigt. In klarer Sprache, die auch dem Nichtjuristen verständlich ist, und in übersichtlicher Gliederung werden alle Abschnitte eingehend erläutert. Es bietet alle die Kenntnis, Anschauungen und Erfahrungen, die im arbeitsrechtlichen Bereich wesentlich sind, und ist daher für jeden Arbeitsrechtsspezialisten unentbehrlich. Der Preis des 750 Seiten starken Kommentars beträgt 3 Mk. Das Werk ist in den bekannten juristischen Verlag J. F. C. Hinrichs in Hannover erschienen.

„Der Kampf des Doktor Rauders“ von Spero. Mit künstlerischem Illustrationen. Kariert 3 Mk. In 144 Seiten 4,50 Mk. Ein medizinopolitischer Roman aus der Zeit, die Freiheit der neuen Zeit, an denen Gefinde und Kranken gleiche Interessen haben müssen, machen kritisch blickend. Gezeichnet werden aus dem Leben eines Arztes vor den Augen des Lesers entrollt. Kämpfend sind Menschen, die im Kampf von Anfang bis zu Ende. Wir können uns unserer Lesern gut empfehlen.

Beilage zum Proletarier

Sonntag, 31. Mai 1931

40. Jahrgang

Chemische Industrie

Tödlicher Unfall in einer Kunstsiedefabrik.

Im Glanzstoffwerk Cawallen bei Breslau verunglückte am 18. Juni der Vorarbeiter Krenzel aus Wüstendorf, indem er im Keller, wo die Spinnbäder zubereitet werden, in einen teilweise offenen Bottich fiel. In dem Keller befinden sich fünf Holzbottiche. Einer dieser Bottiche, in dem sich Säure befindet, ist seit einiger Zeit nur teilweise zugedeckt. Ein neues Verfahren in der Kunstsiedefabrik soll erforderlich, daß dieser Bottich vollständig ausblenden muß. Der Vorarbeiter ist wahrscheinlich ungerichtet und in den Bottich gefallen. Er streckte die Arme vor, so daß er mit dem Oberkörper nicht ganz in die Säure zu liegen kam. Dagegen waren Arme, Beine und Brust stark von der Säure verästzt. Die sofortigen Bemühungen des Werkarztes hatten keinen Erfolg. Nach acht Stunden erlag der Schwerverletzte den schweren Ab- und Brandwunden.

G. Haupt.

Im Zündholzkampf wurde Sowjetrußland vom Zündholztrust geschlagen.

Als starker Konkurrent des mächtigen schwedischen Zündholztrust trat im Jahre 1929 Sowjetrußland auf den Plan und bereitete dem Zündholztrust durch Unterbleitung der Preise große Schwierigkeiten. Nach erfolglosen Verhandlungen mit den Russen konnte der Zündholztrust die russische Konkurrenz trotzdem aus dem Felde schlagen dadurch, daß es ihm gelang, durch Einführung von Krediten an kapitalbedürftige Staaten seine Monopolstellung in einer ganzen Anzahl von Ländern auszubauen und zu festigen. Auf diese Weise wurde z. B. die russische Zündholzausfuhr nach Deutschland befestigt. Nach dem Bericht der Internationalen Zündholzgesellschaft, der Nachgesellschaft der schwedischen Trusts, war die russische Zündholzausfuhr im Jahre 1930 um 40 Prozent geringer als 1929. Die Monopolstellung des Trusts ermöglichte es diesem, seine Gewinne im Krisenjahr 1930 noch erheblich zu erhöhen. Der Kehrertrag stieg von 20,6 Millionen auf 20,9 Millionen Dollar. Im vergangenen Jahr hat die französische Regierung die 1928 an Frankreich gewährte Zündholzanleihe vorzeitig zurückgezahlt, woraus der Gesellschaft ein Gewinn von fünf Millionen Dollar entstand.

Papier-Industrie

Die Vierzigstundenwoche in der Papierindustrie.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers trafen am 24. Juni die Organisationsvertreter der in der Papiererzeugungs- und Papierverarbeitungsindustrie zuständigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Sizler zusammen, um über Mittel und Wege zur Einführung der Vierzigstundenarbeitswoche in der Papierindustrie zu beraten. Anschließend daran trafen die Vertreter der graphischen Berufe zu dem gleichen Zwecke zusammen.

In seinen einleitenden Ausführungen wies Dr. Sizler darauf hin, daß die Regierung auf Grund der zweiten Notverordnung verpflichtet und berechtigt sei, Wege zur Entlastung des Arbeitslosenmarktes zu suchen. Eine unangemessene Belastung solle die Notverordnung ebenso wenig bringen wie eine Verbesserung der Produktion. Deshalb sehe die Notverordnung und deren Ausführungsbestimmungen auch keinen zwangswise Lohnausgleich bei Verkürzung der wöchentlichen Arbeitsdauer vor. Soweit ein solcher Lohnausgleich dringend erwünscht erscheine, sei es Aufgabe der Tarifparteien, auf dem Verhandlungswege eine Einigung zu finden. Daraus folge, daß die Reichsregierung zunächst nicht auf dem Wege der Zwangsanordnung die Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Industriezweigen durchzuführen versuche, sondern eine Verständigung unter den Tarifparteien für möglichstens halbe.

Die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziele der Anspannung neuer Arbeitskräfte sei auf dreierlei Wegen möglich, und zwar:

1. die vorhandene Arbeit auf alle in Frage kommenden Arbeiter zu verteilen;
2. durch Streckung der vorhandenen Arbeit unter die vorhandenen Arbeitskräfte und
3. durch periodenweises Ausscheiden der in den Betrieben vorhandenen Arbeitskräfte und die zur Aufrechterhaltung der Betriebe notwendige Auffüllung mit neuen Arbeitskräften.

In der folgenden Aussprache wandten sich die Arbeitgeber grundsätzlich nicht nur gegen jeden gesetzlichen Eingriff in die bestehende Arbeitszeitregelung, sondern in noch viel entschiedener Art gegen jeden Lohnausgleich. Dieselben Herren, die bei Erlass der ersten Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 keine Gewissensbisse darüber bekamen, daß die damalige Reichsregierung unter Verleugnung der bestehenden Tarifverträge der Arbeitnehmerschaft den Zehn- oder Zwanzigstundentag auf den Weihnachtstag legte, sind sehr empfindlich und in der Arbeitszeitfrage recht krisen geworden, wenn es gilt, ebenfalls auf dem Verhandlungswege eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Zoß übereinstimmend wurde von den Arbeitgebern aller Zweige der Papierindustrie hervorgehoben, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit technisch unmöglich und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ein kaum zu beschaffender Kapitalansatz notwendig sei, der zur Verbesserung der Produktion und damit zur Steigerung der Preise führe, was wiederum sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsabsatz hemmend wirke. Wohlweislich erwiderte man ebenso wenig den allerdings gescheiterten Versuch auf Erfahrung der Vierzigstundenwoche zum Zwecke der Preiserhöhung, wie auch die ohne Arbeitszeitverkürzung von der Konvention diktierte rund sechzehnprozentige Preiserhöhung für Zellstoffpapier, der Preiserhöhungen für andere Papierarten folgen werden. Zugleich mahnten die Arbeitgeber zu geben,

dass infolge Arbeitszeitverkürzung die Kurzarbeit schon weitgehend durchgeführt ist. Aus der Papierverarbeitungsindustrie wurden Zahlen genannt, die wieder mit den bekannten Statistiken noch mit den Erfahrungen der Gewerkschaften in Einklang zu bringen sind.

Von den Vertretern der Gewerkschaften wurde darauf hingewiesen, daß die technischen Schwierigkeiten überwunden werden können und in verschiedenen Betrieben bereits überwunden wurden. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung habe für die Gewerkschaften nur dann einen Sinn, wenn sie eine Einführung Arbeitsloser in den Produktionsprozeß zur Folge habe. Dazu sei der Einstellungzwang ebenso notwendig wie ein generelles Verbot von Überstunden, die von den Behörden nur in Notfällen zur Wiederinstandsetzung des Betriebes genehmigt werden sollten. Ebenso notwendig sei aber ein Lohnausgleich, wenn nicht auch die beschäftigte Arbeitnehmerchaft der vollkommenen Vergrößerung anheimfallen sollte.

Für die Papiererzeugungsindustrie haben wir hervor, daß die technische Seite des Arbeitszeitverkürzungproblems praktisch und mit Erfolg und mit dem Ziele der Einstellung Arbeitsloser in den Produktionsprozeß nur erreicht werden können durch die Einführung des Vierschichtenystems — eine

Frage, die von den schwedischen Papiererzeugungsindustriellen zur Linderung der Arbeitslosigkeit den dortigen Papierarbeiterorganisationen angeboten wurde —, bei dem im durchgehenden Betrieb die Arbeitszeit in der Zellstoffindustrie von 48 auf 42 Stunden und in den übrigen Zweigen von 48 auf 36 Stunden sinken würde. Über 1000 Facharbeiter könnten dadurch in ständige Arbeit gebracht werden. Wir haben anerkannt, daß die Einführung des Vierschichtenystems eine längere Übergangsfrist bedingt, ebenso wie bei dem Übergang vom Zweif- zum Dreischichtenystem im Jahre 1919. Die entstehenden Schwierigkeiten können ebenso wie 1919 bei gutem Willen und etwas Zwang technisch und praktisch überwunden werden.

Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß auch bei Vollarbeit im Tagesschichtbetrieb eine weitere Auflösung Arbeitsloser in den Produktionsprozeß mindestens in den Mittel- und Großbetrieben durch Einführung eines Springerystems — das übrigens auch in der schwedischen Zellstoffindustrie seit 1919 mit Erfolg und dem Ziele der Achtundvierzigstundenwoche durchgeführt ist — möglich ist, wenn ein strenges Überstundenverbot erlassen wird. Da nach Arbeitgeberangabe rund 30 Prozent aller Papiererzeugungsarbeiter arbeitslos sind, kann auch der Facharbeitermangel keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.

Wir bekennen uns also offen zur Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele, unsere arbeitslosen Berufskollegen wieder in den Produktionsprozeß einzutragen. Ebenso offen aber müssen wir bekennen, daß der von uns gezeigte und für die Papiererzeugungsindustrie aussichtsreiche Weg zur Unterbringung Arbeitsloser nur dann betrebar ist, wenn ein Lohnausgleich geschaffen wird. Ohne Lohnausgleich sinkt das Einkommen der Papiererzeugungsarbeiter auf den Stand der Wohlfahrtsrente. Die Papiererzeugungsarbeiter gehören nicht nur innerhalb der deutschen Papierindustrie zu den schlechtesten entlohnten, sondern auch innerhalb der ganzen deutschen Industrie zu den im Lohne am niedrigsten stehenden Arbeitergruppen. Trotz unserer volkswirtschaftlich fest begründeten Überzeugung, daß die bestehende Rationalisierungs- und Weltkrise nur durch die Einführung kürzerer wöchentlicher Arbeitszeiten national und international überwunden werden kann, zwangen uns die Lebensinteressen unserer Kollegen, die Forderung auf Lohnausgleich auch vor dem Reichsarbeitsministerium entschieden zu vertreten.

Die grundlegende Ablehnung der Arbeitgebervertreter wurde erst gebrochen, als Ministerialdirektor Dr. Sizler die Durchführung der Kurzarbeit auf dem Verordnungswege ohne Rücksicht auf alle Schwierigkeiten androhte. Erst daraus erklärten sich die Arbeitgebervertreter einverstanden, mit den Gewerkschaften die Mittel und Wege zur Einführung der Kurzarbeit zu erwidern. Das Schlussergebnis der Aussprache sah Dr. Sizler wie folgt zusammen:

1. Die Arbeitgeberverbände werden in einem Rundschreiben ihre Mitglieder dringend auffordern, zur weiteren Unterbringung von Arbeitslosen die erforderlichen Maßnahmen in ihren Betrieben zu treffen.
2. Die verschiedenen Tarifgemeinschaften treffen zu einer Verhandlung über die Arbeitszeit zusammen und prüfen durch ihre Kommissionen branchenweise oder bezirklich die Frage, wie Neuerstellungen zweckmäßigsterweise durchgeführt werden können.
3. Der Zusammenschluß der Kommissionen erfolgt sobald als möglich zentral oder in den Bezirken. Bei bezirklichen Verhandlungen sollen die sich nicht auf den einzelnen Bezirk erstrecken, in dem vielleicht zufällig keine Arbeitslosen sind, sondern die Prüfung soll auch darauf ausgedehnt werden, ob von auswärtigen Bezirken Arbeitslose übernommen werden können.
4. Bis Ende August berichten die Verbände darüber, was geschehen ist und mit welchem Erfolg.

Mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie haben wir vereinbart, daß diese Verhandlungen am 29. Juli in Bamberg stattfinden. Über das Ergebnis werden wir berichten.

Voraussichtlich dürfen im Laufe des Monats Juli auch noch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industrien für die zu unserem Verbandsgebiet gehörigen Industrien stattfinden. Dieser Arbeitgeberverband hat bereits das erwähnte Rundschreiben erlassen, in dem es nach der „Papierzeitung“ u. a. heißt:

„Wir fordern unsere Mitglieder dringend auf, eingehend zu prüfen, ob und in welcher Weise eine Neuerstellung von Arbeitnehmern, sei es auch unter Verkürzung der Arbeitszeit oder durch eine andere Einteilung der Arbeitnehmer, in dem ein Teil in gewissen Abschlägen eine Zeitspanne andeutet oder auf einem andern für den Betrieb geeigneten Wege, möglich ist.“

Bei aller Konsultation, mit der durch den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Herrn Ministerialdirektor Dr. Sizler, die Verhandlungen geführt wurden, fühlen wir uns doch verpflichtet, unserer Mitgliedern gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß, wenn auch auf dem Wege der Freiwilligkeit eine

Einführung der Arbeitszeitverkürzung in unserer Branche herbeigeführt wird, mit einer Zwangsmaßnahme der Reichsregierung zu rechnen ist, die dann generell die Arbeitswoche auf 40 oder 42 Stunden festlegen und die Leistung von Überstunden von einer besonderen Genehmigung abhängig machen würde. Es liegt im Interesse eines jeden Betriebes, eine derartig schematische Regelung verhindern zu helfen. Das kann geschehen, wenn jede Firma auf das ernsthafte prüft, ob und wie Neuerstellungen erfolgen können. Wir verzweilen darauf, daß, wenn 10 v. H. der Arbeitslosen im Laufe der nächsten Monate eingestellt würden, unsere Industrie keine Zwangsmaßnahmen zu befürchten haben wird.

Wir wiederholen daher unsere dringende Aufforderung, dem Arbeitslosenproblem die volle Aufmerksamkeit zu schenken und an der Notwendigkeit, helfend mit einzutreten, nicht vorüberzugehen, da die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zur Zeit zu den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Problemen gehört.“

Aus dem Schreiben spricht die Scheu vor gesetzlichen Eingriffen in das Arbeitszeitverkürzung- und Arbeitslosenproblem. Trotzdem glauben wir nicht, daß eine Verständigung auf dem Wege des Tarifvertrages erzielt werden kann, wenn die Arbeitgeber aller Berufe der Papierindustrie sich zu Zustimmungen in der Lohnausgleichsfrage nicht grundsätzlich bereit erklärt.

G. Stühler.

Niederschrift
über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie am 25. Juni 1931
in Berlin.

Anwesend sind
1. als Arbeitgebervertreter die Herren: Endler, Holmbrecht, Dr. Leopold,
2. als Arbeitnehmervertreter die Herren: Gräf, Lins, Stühler.
Vorsitz funktionsgemäß: Herr Stühler.
Schriftführer funktionsgemäß: Herr Dr. Leopold.

I.
Antrag der Gruppe Hessen-Hessen-Nassau bez. Verlängerung der Firma Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke, AG, Werk Oberlahnstein, von Ortsklasse A nach Ortsklasse B.
Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Hunz und Dr. Buschmann,
für die Arbeitnehmerseite die Herren Bruns, Otte und zwei Betriebsratsmitglieder.
Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.
Das Tarifamt macht folgenden Vergleichsvorschlag:
1. Von der nächsten Lohnwoche an ermäßigt sich der Gehalt für den Betrieb Oberlahnstein der Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke, AG, bei einer Beschäftigungsduer von 48 Stunden in der Woche um 3 Pf., bei einer Beschäftigungsduer von 42 bis 47 Stunden in der Woche um 2 Pf., bei einer Beschäftigungsduer unter 42 Stunden in der Woche erfolgt kein Abschlag vom Tariflohn.

Für die übrigen Arbeiterkategorien ermäßigt sich der Lohn entsprechend.
2. Diese Regelung gilt für die Landesarbeiter des Gruppen tarifvertrages für die Gruppe Hessen-Hessen-Nassau.“

Die Arbeitgeberseite erklärt, daß sie diese Vereinbarung annimmt.
Die Arbeitnehmervertreter stimmen dieser Vereinbarung zu. Sie wollen mit dieser Vereinbarung den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung tragen, ohne durch diese Zustimmung die Berechtigung der Verlängerung von Ortsklasse A nach Ortsklasse B irgendwie anzuwerken.

Für die Gruppe Hessen-Hessen-Nassau des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie:
Dr. Hunz.

Für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau XIII: L. Bruns.

II.
Antrag des Fabrikarbeiter-Verbandes, Gau Thüringen, bez. Anwendung der Bestimmungen unter E der Lohnabf. (Branchenabschlag) seitens der Firma Ziegenrück'sche Holzstoff- und Pappensfabrik, H. Wolkenstein, in Burgkhammer und Ziegenrück.

Für die Arbeitgeberseite erscheint Herr Dr. Breuer,
für die Arbeitnehmerseite Herr Schneider.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.
Das Tarifamt stellt folgenden Spruch:
„Die Betriebe Burgkhammer und Ziegenrück der Firma Ziegenrück'sche Holzstoff- und Pappensfabrik, H. Wolkenstein, unterliegen dem Branchenabschlag nach Buchstabe E des Lohn tarifvertrages für die Mitteldeutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie vom 15. Januar 1931.“

Begründung:
Das Tarifamt hat festgestellt, daß es sich bei beiden Betrieben um Handpappenhöfe handelt. Das Tarifamt ist ferner zu der Auffassung gelangt, daß die hergestellten Pappensorten nicht als Spezialpappen im Sinne des Buchstabens E anzusprechen sind. Damit sind die Voraussetzungen für die Anwendung des Branchenabschlags gegeben.

III.
Antrag der Gruppe Provinz Sachsen-Thüringen-Anhalt auf Verlängerung der Matrikelabf. A und F. Schneider (Rebra) von Ortsklasse II nach Ortsklasse III.

Für die Arbeitgeberseite erscheint Herr Dr. Breuer,
für die Arbeitnehmerseite Herr Schneider.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.
Wegen Stimmgleichheit kommt ein Spruch nicht zustande.

IV.
Antrag der Gruppe Provinz Sachsen-Thüringen-Anhalt auf Gewöhnung einer Lohnermäßigung für die Firma Papierfabrik Neuemühle, Magdeburgerforth.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Brandes und Dr. Breuer,
für die Arbeitnehmerseite die Herren Löffel und Leue.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.
Das Tarifamt stellt folgende Entscheidung:
„Der Antrag wird zurückgewiesen.“

Begründung:
Über eine Lohnermäßigung auf Grund der Lohnermäßigungsklausel (Buchstabe G) kann nur der bezirkliche Schiedsgericht entscheiden (siehe Buchstabe G, Abs. 1, Satz 2).

Die Rechtmäßigkeit der Kündigung der Ortsklassenzugehörigkeit beansprucht sich nach § 4 des Bezirkslohnabf.vertrages vom 22. März 1929.

♦♦ Unterhaltung, Wissen und Bildung ♦♦

Der Riese.

Aus dunklen Tiefen
tagempor,
sonnenbungrig,
ringt ein Riese.
Seine Schläfen kriessen
von Schwachs.
zählschäfisch
durchs Trümmertor,
quaderwändig,
schicksalstrohig bricht er sich Bahn.
Ehren die Stürm;
in seinen Wötern kreisen
der Menschheit Sehnsucht und Qual.
Aus seinen Augen zucken
unauslöschliche Strahlen des Lichts,
und ob sie mit goldenen Händen
ihm niederschrücken und schänden,
der Riese lässt sich nicht ducken
und wächst mit gewaltigem Rücken
aus dem verachteten Nichts.

Karl Henckell

Der Dorn.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

Die verdammte Dürre war schuld. Denn da es seit Wochen nicht geregnet hatte, staubte die Straße so, als Lupusle mit dem ominösen Gaul vorbeikam, daß Moische Igels schimpfend und verzweifelt zum Fenster stürzte, um es zu schließen. Dabei konnte er nicht umhin, einen Blick auf das Pferd zu werfen, das Lupusle am Halstier lässig hinter sich herzog. Vor Igels Schenke mache Lupusle wie unablässlich halt, um aus seinem viel geslikten Radarmei einen Zigarettenstummel hervorzuzaubern, einen unter den vielen Stummeln, die dort verborgen waren. Lupusle hielt seinen Halbständer, der keine Krempe hatte, gegen den Wind, um beim Anzünden geschickt zu sein. Er ließ sich Zeit bei dieser Prozedur. Überhaupt machte er den Eindruck eines Menschen, der ruhig bis zum längsten Tag darauf warten kann, daß ihm das Glück in den Weg kommt. Unter seinem kugelrunden Schädel bog sich der Hals wie ein langer, dürrer Stengel hin und her, um die richtige Einstellung zum Wind und Halbständer zu bekommen. Denn Lupusles oberster Leitsatz war: Branche nie zwei Streichholzer, wenn du mit einem auskommen kannst, und dieses eine leise dir womöglich von einem andern! Jetzt brauste der Stummel und Lupusle setzte sich wieder in Bewegung. Der Jägermeister Lupusle war ein dürrer, ziemlich langer Kerl mit unverhältnismäßig großen Händen und Füßen. Sein eines Auge zwinkerte immer, als wollte es sagen: Warte mir das Ende ab, ich bin noch lange nicht fertig.

Der Gaul, den er so nachlässig hinter sich herschleifte, sah heimstüchigen Beträumen so aus wie ein wandelndes Gerippe. Man glaubte, jenes sagenhafte Jägermeisterpferd vor sich zu sehen, von dem sein Besitzer einstens anstreifte. Jetzt habe ich ihm mit vieler Mühe endlich das Fressen abgeknüpft, und da kriepst mir das Luder. Moische Igel, der noch immer aus dem Fenster seines Wirtshauses sah, mochte ähnliche Gedanken führen. Aber dann schien er bei näherer Betrachtung an dem Pferd geheimnisvoll verborgene Reize wahrzunehmen, denn er rührte sich, ein großer Pferdekenner zu sein. Tatsache war, daß er im benachbarten Marktflecken als großer Halsabschneider und gerissener Roflänther bekannt war.

Dann schielte Igels in seinem Schädel folgende Gedanken: Hm, hm, ein jaundärter, ungespfliegt Krampen, der überdies hinkt. Fünfzehn Gulden würde ich dafür geben. Aber doch keinig und ancheinend nicht über vier Jahre? Man müsse das Gebiß jehen. Wer weiß zwanzig Gulden — — ? Er hinkt, das ist nicht zu leugnen. Aber, was sehe ich? Da steht ja ein Dorn über dem rechten Hinterhuf! Igel, der bereits mit dem ganzen Überleib aus dem Fenster hing, rief den Jägermeister an:

He, Lupusle, wohin willst du mit dem Gerippe?

Lupusle wandte gelangweilt den Kopf: Nach dem Markt, wenn es Ihnen recht ist, Herr Wohlträger.

Jetzt trat Moische Igel vor die Tür. Er war ein kleiner, schwächtiges Männlein und wählte gewohnheitsgemäß in seinem Prophetenbart.

Auf dem Markt, sagst du — — und er droh in ein hysterisches Gelächter aus. Ihr werdet beide herhangen, ehe du die Mühre losläßt!, sagte er dann bedeutsam.



Mutter nicht gut, meinte Lupusle, nach einem zweiten Zigarettenstummel fragend. Es ist ein gutes Pferd, nur hinkt es, wie du später schon bemerkt hast, Herr. Aber sonst ein feiner Gaul er hat mich dreimal Gruben gekriegt.

Moische Igel stieß sich vor Bergüingen mit beiden Händen gegen den Bauch.

Wir müssen da das beobachten, die Landstreicher? Das ist ja der Negrohaarier aller Pferde! Da kannst froh sein, wenn du die Knöchen und das Fleisch beschädigt, denn Fleisch kann ich keines zwischen den Rippen bewerten.

Lupusle wunderte sich erstaunt darüber. Er drückte den Kopf des geblühten Tieres gegen Wulf hinüber und zeigte das fadelle Gebiß. Moische Igel trug jetzt jedoch ein das Ross heran, während es jedoch keinen Blüddes.

Weil du es bist, Lupusle, will ich dir fünfzehn Gulden dafür geben.

Lupusle sperrte den Mund auf und markierte raschloses Erstaunen.

Hörte ich recht, Herr Wohlträger? Fünfzehn Gulden, sagten Sie? Fünfzehn für dieses prächtige Tier? Ein bisschen Pflege und Futter und es wird der prächtigste Gaul daraus. Vier Jahre, wenn es alt ist. Fünfzehn Gulden. Keinen Heller weniger.

Moische Igels freundliche Miene verriet nichts von seinen Gedanken. Er überlegte gerade: Es ist wirklich ein junges Tier und es hinkt, weil es den Dorn über dem Huf hat. Der schlankste Lupusle hat den Dorn übersehen. Wenn ich den Dorn entferne, ist der Gaul unter Brüdern seine hundert Gulden wert. Laut aber sagte er: Warte nur, warte, weil ich gerade heute gute Laune bin, will ich dir fünfzehnzig Gulden dafür geben.

Lupusle blinzelte nur unverschämt mit dem linken Augenlid, wandte sich wortlos und setzte sich in Bewegung, den hinkenden Gaul hinter sich herschleifend.

Aber jetzt war Moische entschlossen, zu kaufen. Er ging also neben Lupusle her, heftig gesäkulernd, und wies noch einmal auf alle Mängel des Pferdes hin. Es sei ruppig und ungepflegt, die Flanken seien eingefallen und hier, in der Nähe des Schwanzansatzes, glaubt er beginnende Ränder zu bemerken.

Fünfzehn Gulden", meinte Lupusle, ohne stehen zu bleiben.

Die Augenlider seien entzündet, der rechte Vorderhuf weise einen bedenklichen Sprung auf und außerdem knirsche es beim Atmen.

Fünfzehn Gulden", meinte Lupusle unbehörbar.

Sie hatten sich bereits etwa hundert Meter von Igels Schenke entfernt, und Moische Igel, der sonst so Besonnene, begann die Geduld zu verlieren.

Fünfundvierzig also, hier meine Hand, schlag ein, du Gauner!

Legen Sie noch fünf zu, Herr Wohlträger, meinte Lupusle, dann sind wir einig", und er machte Miene, weiterzugehen.

In Gottes Namen, du Teufelsbraten!" sagte Moische. Er konnte seinen Ärger kaum verbergen. Aber es war noch immer ein gutes Geschäft.

Jetzt maulte Lupusle das Pferd und marschierte an Igels Seite wieder bis zur Schenke zurück. Igel holte das Geld, Lupusle zählte gewissenhaft nach, nahm die Goldstücke einzeln mit spitzem Fingern auf, probierte mit seinen Zähnen daran herum, ob sie wohl eßbar seien, wiegte misstrauisch den kugelrunden Schädel hin und her und verschüttete schließlich das Ganze in einem alten Strumpf, den er bei sich führte.

Ich wünsche dir einen gesunden Schlaf, Herr Wohlträger", sagte er dann zum Abschied.

Moische Igel hielt das Pferd an der Leine und sah Lupusle nach, dessen hägere Gestalt auf der Landstraße immer kleiner wurde und sich wie im Schein in immer größerer Eile entfernte.

Später führte Igel das Ross in den Hof und nachdem er sorgfältig den Dorn entfernt hatte, ließ er das Pferd von seinem Kutscher noch einmal auf und ab führen. Dabei betrachtete er es von der Seite und, o Wunder, das Pferd lehmte noch immer. Ja, es schien ihm, wie er es so mit zornentzückten Blicken betrachtete, als lehmte das Pferd noch stärker als vorher.

Es war also nicht der Dorn. Er hatte ein lamhes Pferd gekauft, und es waren falls zehn Gulden wert.

Nachdem Moisches Zorn vertraut war, hob er kurz entschlossen den Dorn von der Erde auf und stieß ihn wieder in den Fuß des Pferdes über den rechten Hinterhuf. Dann nahm er seine Röcke und machte sich auf den Weg nach dem benachbarten Marktflecken, zum Pferdemarkt.

Nach einer Weile schmückte er wieder.

Die Käse.

Der 62 Jahre alte Buchhalter Lorenz stand vor Gericht, angeklagt der schweren Körperverletzung, begangen an dem 22 Jahre alten Kammerdiener Harold Krüger. Mon sah es dem weizbaaren alten Herrn mit den gläsernen, grauen Augen wirklich nicht an, daß er beinahe einen Menschen vom Leben zum Tode beförder hätte. Er mochte im Gegenteil einen ruhigen und sehr sympathischen Eindruck. Auch der Richter konnte sich dieses Eindrucks sichtlich nicht ganz erwehren und betrachtete während der Verlesung des jeweils kurzen Protokolls, den Angeklagten mit einem Interesse, das beinahe Wohlwollen verriet. Die Feststellung des Tatsatzes durch das verlesene Protokoll war klar und eindeutig. Der Angeklagte wurde beschuldigt, dem Kläger eine Schere an den Kopf geworfen zu haben, wodurch denselben eine so schwere Verletzung beigebracht wurde, daß er mehrere Wochen dem Tode nahe war. Also jetzt klagte derselbe über starke Kopfschmerzen und andere Beschwerden.

Das wendete sich der Richter an den Angeklagten und sagte: Sie kennen jetzt den Inhalt der Anklage. Geben Sie den Sachverhalt zu! Derselbe verneigte sich höflich und erwiderte mit einem klaren und festen „Ja“. Haben Sie sonst noch etwas zu bemerkern? fragte nun der Richter weiter. Dunkle, vorläufig dunkle war die gegebene Antwort. Hierauf löscht der Richter zur Zeugenabrechnung. Als erster Zeuge wurde Herr Adolf März, Kaufmann, ausgerufen. Es war ein großer, stattlicher Mann mit römischem Schnurrbart und einem almodödichen Kneifer auf der etwas großen Nase. Nach Erfüllung der üblichen Formalitäten lehnte sich der Richter behaglich in den Sessel zurück und sagte im tonalen Tone: So, Herr März, nun erzählen Sie! Derselbe versperrte sich erst etwas verlegen, doch dann begann zu reden: Wir alle haben gewußt, daß dies einmal ein böses Ende nimmt. Schon von dem Tage, als der junge Herr Krüger bei uns eintrat, ging die Sage an. Mein Kollege Lorenz den wir im Geschäft alle gern haben, ist ein ruhiger, solider und ich möchte behaupten etwas almodödlicher Mensch. Er ist ein alter Jung-

feste und deshalb wohl so etwas wie ein Eigenbüdler geworden. Aber solange ich ihn kenne, hat er noch keiner Fliege etwas zu Leide getan und war der verträglichere Mensch, den ich in meinem Leben kennengelernt habe. Doch dies wurde mit einem Schlag anders, als Herr Krüger zu uns kam. Offen gesagt, haben wir alle für ihn nie recht viel übrig gehabt. Sein überhebliches und aufblasenes Benehmen und seine laute, windbeutelige Art ist nicht dazu angemessen, Sympathien für ihn zu wecken. Er war daran schuld, daß es in unserem sonst so ruhigen Büro nun häufig zu Streit und Zänkereien kam. Aber auch Herr Lorenz wurde manchmal zu unserem Erstaunen sehr bissig und übergeschlagen den jungen Herrn mit Spott und Ironie. Besonders das Herr Krüger sich parisierte, teilte die Spottlust unseres sonst so ruhigen Buchhalters ungemein. Auch uns gefiel diese weibliche Männer nicht, doch regen wir uns lange nicht so darüber auf wie Lorenz. Ich persönlich glaube jedoch, daß Herr Lorenz für seine Antipathie gegen Krüger einen anderen Grund hatte. Ich glaube eher, daß die Käse daran schuld war.

Interessiert beugte sich plötzlich der Richter vor und sagte zu Herrn März: Wie war das mit der Käse? Erzählten Sie weiter! Verlegen sah sich der Junge jetzt nach dem Angeklagten um, der bei den letzten Worten desselben einen roten Kopf bekommen hatte, und sagte dann zum Richter: Es wäre mir schon lieber, wenn Sie Herrn Lorenz selbst fragten. Der Richter sah den Jungen verwundert an, doch dann sagte er zu dem Angeklagten: Wie verhält sich das mit der Käse, Herr Lorenz?

Schüchtern begann nun derselbe zu sprechen: Früher oder später hätte ich wohl über die Käse sprechen müssen, und ich bin meinem Kollegen dankbar, daß er mir dabei behilflich war. Die Käse ist folgend: Vor einigen Jahren fand ich auf meinem Wege zum Geschäft ein junges, scheinbar krankes Käschchen. Da ich ein großer Tierfreund bin, nahm ich mich desselben an. Nach Hause bringen konnte ich es jedoch nicht.

Hier sah der Richter dem Redenden verwundert ins Gesicht, und mit einem verlegenen Lächeln ergänzte derselbe: Meine Haushälterin mag nämlich die Käse nicht. So blieb mir nichts anderes übrig, als daß ich es mir ins Geschäft nahm. Meine Kollegen und ich haben dann dafür gesorgt, daß es nicht hunger und Durst zu leiden brauchte. Mit der Zeit ist aus dem Käschchen ein prächtiger Käfer geworden. Wir alle hatten das Tier lieb und haben uns daran gewöhnt, es als zum Geschäft gehörig zu betrachten. Meine Kollegen können Ihnen bestätigen, es war ein ungewöhnlich schönes, gutes und kluges Tierchen. Besonders am mir hing es, ich möchte sagen, mit beinahe hündischer Abhängigkeit. Mein Kollege hat schon gesagt, daß ich Junggeselle bin. Ich muß noch ergänzen, daß ich vollständig allein stehe und keinerlei Verwandte oder Freunde besitze. Sie können nur lachen, meine Herren, wenn Sie wollen. Aber wenn man so allein auf der Welt steht, tut einem auch die Liebe eines Tieres wohl. Mir war die Käse sowiel wie ein guter Freund. Wenn sie auf meinem Platz saß und mich mit ihren klugen Augen ansah, dabei behaglich schnurrend, ging mir die Arbeit noch einmal so flott von der Hand.

Da trat eines Tages Herr Krüger bei uns ein. Die junge Mann war mir von der ersten Stunde an nicht angenehm, und mein Gefühl hatte mich nicht betrogen. Während alle meine Kollegen die Käse gern gehabt hatten, berührte Herr Krüger jede Gelegenheit, sie zu quälen, besonders als er merkte, wie ich an dem Tier hing. Eines Tages war die Käse verschwunden, spurlos verschwunden. Von diesem Tage an, meine Herren, habe ich Krüger gehabt redlich gehaßt, denn ich wußte, das hatte kein anderer gekauft als er. Eines Morgens kam er an mein Pult. Er hatte den Mantel noch an. Mit der Hand auf seinen Pelzkragen gelagert sagte er spöttisch zu mir: „Ach, Herr Lorenz, was sagen Sie zu meinem neuen Pelz?“ Da, meine Herren, wurde es mir plötzlich rot vor den Augen. In mir stieg eine rasende Wut auf. Mit zitternden Händen suchte ich irgend etwas, um es diesem Buben an den Kopf zu werfen. Es war zufällig die Schere, die ich erwischte, und zufällig habe ich ihn ziemlich unglücklich getroffen. Meine Herren, verurteilten Sie mich, wie ich es verdiente, aber als ehrlicher Mann muß ich Ihnen sagen: Ich bereue es nicht! Der neue Pelzkragen war das Fell unserer Käse, meiner Käse, meine Herren. Herr Krüger hatte sich meinen einzigen Freund um den Hals gehängt. Das ist zum Lachen, meine Herren, lachen Sie doch! Verzeihen Sie mir jedoch, wenn ich weine!“ Weinend legte der Angeklagte den Kopf auf die Arme, jedoch die Herren lachten nicht. Das Urteil aber war milde, sehr milde.

Pramo.

Die neue Bildung und der proletarische Mensch.

Macht das Wissen die Bildung aus? Wir kennen Menschen ohne jede geistige Schulung, die wir jedoch wegen ihrer großen menschlichen Seele verehren. Und wir wissen andererseits von Menschen, die viel gelernt haben, aber kalte und rücksichtslose soziale Menschen sind. Wer steht höher? Unsere Sympathie gilt den schwächeren ungebildeten Menschen der Seele.

Sollte es geistig anders sein? Natürlich kann der Mensch eine bestimmte geistige Arbeit nur leisten, wenn er dafür das nötige Wissen besitzt. Doch in solchen Unzulänglichkeiten des geistigen Könnens zeigt sich nicht der echte geistige Mensch. Dieser echte geistige Mensch ist der Mensch mit offenem Auge und mit weitem Blick. Der Mensch mit einer selbstlosen Seele und genialem Gefühl. Aber da finden wir, daß der Gebildete recht oft der Dornierte ist und daß der schwächste Mensch ohne Bildung oft den Menschen der großartigsten geistigen Erlebnissfähigkeit vorschreitet.

Die Bildung der Gesellschaft von heute leidet an der Wirtschaftsordnung, die diese Bildung frächtet. Es ist die „Bildung ohne Liebe“, wie sie Schleiermacher einmal so wundervoll bezeichnet hat.

Wer sich zu einem bestimmten Menschen bilden will, dem muß der Sinn geöffnet sein für alles, was er nicht ist, so schrieb er. Aber der einfache Mensch des Volkes sieht so viel von dem, „was er nicht ist“, weil ihm das Leben alles vorenthalten. Unverbildet steht er zu allen geistigen Fragen. Und darum vorurteilsfrei, groß, erlebnisfähig und rein.

Es liegt im einfachen Volke eine wunderbare Tiefe der Geistigkeit. Es ist da die Voraussetzung zum neuen Geist. Genialität, die fühlt und staunt. Ehrfurcht, die jüngst zu neuen schöpferischen Höhen. Universalität, die ohne Arg und voll Liebe alles umspannt.

Humoristische Ecke.

Auskunft in München.

In einer Münchener Gastwirtschaft sitzen Kollege Meier und ein Münchener Bürger an einem Tisch. Es entwickelt sich folgendes Gespräch:

Der Münchener: Gels, Sie fahren nach Passau!

Meier: Na, i fuhr net nach Passau.

Der Münchener: Aber frelli fuhrns nach Passau.

Meier: Na, wenn i's eahna sag, i fuhr net nach Passau.

Der Münchener: Warum fuhrns denn net nach Passau?

Meier: Ich fuß halb net nach Passau.

Der Münchener: Aber des is iß merkwürdi. Wissns, gestern

is um die gleiche Zeit am gleichen Tisch oana vis-à-vis von alle

geseß, der is a net nach Passau gefahrn.